
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 18/3 (1991)

DOI: 10.11588/fr.1991.3.56967

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

»ICH BIN WIRKLICH EIN GUTER EUROPÄER«
LUDWIG ERHARDS EUROPAPOLITIK 1949–1966

I. Ludwig Erhard und das europapolitische Erbe Konrad Adenauers

Als am 16. Oktober 1963 der 66jährige Wirtschaftsprofessor Ludwig Erhard¹ mit 279 zu 180 Stimmen bei 24 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme vom Deutschen Bundestag zum zweiten deutschen Bundeskanzler und Nachfolger Konrad Adenauers gewählt wurde, trat in der Fortführung der Bonner Europapolitik wenn nicht ein Kurswechsel, so doch eine Klimaveränderung ein, die für den aufmerksamen politischen Beobachter der vergangenen zwei Jahrzehnte freilich keine Überraschungen mehr bieten konnte.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete Periode einer neuen Europapolitik wurde in ihren Anfängen von zahlreichen Motiven getragen. Im Bewußtsein, daß Europa vom Subjekt zum Objekt der Weltpolitik abgesunken und die multipolare europäische »balance of power« zugunsten eines bipolaren Gleichgewichts der Supermächte aufgehoben worden war, hielten die demokratischen Staaten Europas ein gemeinsames Vorgehen gegen die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung für ebenso notwendig wie einen wirtschaftlich-politischen Zusammenschluß zur Aufrechterhaltung eines europäischen Eigengewichtes. Eine Ergänzung erfuhren jene Absichten durch den moralisch-geistigen Impuls, das durch die Katastrophe des Weltkrieges anscheinend diskreditierte nationalstaatliche Souveränitätsdenken aufweichen zu wollen. Allerdings schwächte sich der die wirtschaftliche, militärische und politische Integration in den beginnenden fünfziger Jahren vorantreibende politische Impetus im Verlauf des Übergangs vom Kalten Krieg zur Phase der Entspannung stetig ab. Schließlich blieb allein der Wille zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes übrig, der freilich von der – vergeblich gehegten – Erwartung gekennzeichnet war, daß die ökonomische Verschmelzung im Sinne des »spill-over-Effektes« gleichsam automatisch einen politischen Zusammenschluß nach sich zöge.

Neben Männern wie Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Paul-Henri Spaak gehörte Konrad Adenauer zu den wichtigsten Protagonisten dieser

¹ Zur Person Erhards liegen bisher vier Biographien und zwei biographische Kurzdarstellungen vor: Michael K. CARO, *Der Volkskanzler Ludwig Erhard*, Köln, Berlin 1965; Klaus HILDEBRAND, *Ludwig Erhard, 1897–1977*, in: Lothar GALL (Hg.), *Die großen Deutschen unserer Epoche*, Berlin 1985, S. 368–378; Karl HOHMANN, *Ludwig Erhard (1897–1977)*, in: Alfred WENDEHORST, Gerhard PFEIFFER (Hg.), *Fränkische Lebensbilder*, Bd. 11, Neustadt 1984, S. 211–245; Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard, Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen, Zürich 1986 (*Persönlichkeit und Geschichte*, Hg. Günther FRANZ, Bd. 126/7/8); Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard, Der Mensch und der Politiker*, Aus dem Amerikanischen von Eva BORNEMANN, Düsseldorf, Wien 1965; Dieter MÜHLE, *Ludwig Erhard, Eine Biographie*, Berlin[-Ost] 1965.

Entwicklung. Wie umfangreiche Forschungen gezeigt haben, trachtete er nach 1945 danach, eine ebenso geistig-kulturell fundierte wie machtpolitisch ausgerichtete Europa-Konzeption zu verwirklichen, die eine europäische Einigung primär vor dem Hintergrund der Vermeidung einer deutschen Isolation sowie des Aufbaus eines antikommunistischen Bollwerks als notwendig erachtete².

Die Europapolitik seines wichtigsten Ministers und Nachfolgers, Ludwig Erhard, liegt dagegen noch weitgehend im Dunkeln. Wie stand er, der selbst von sich behauptete: »Es kann keinen glühenderen und gläubigeren Europäer geben als mich«³, diesen Entwicklungen gegenüber? Läßt sich in seiner politischen Philosophie eine klar umrissene, programmatisch fundierte Europa-Konzeption erkennen? Von welchen Motiven wurde sie geleitet? Auf welche Ziele steuerte sie zu? Worin lagen die Disparitäten zu den Europaplänen seines Vorgängers im Amt des Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, und seines schärfsten außenpolitischen Widersachers Charles de Gaulle?

Erhards Vorstellungen über die Gestaltung einer freien europäischen Ordnung weisen auf den ersten Blick zahlreiche Gemeinsamkeiten mit Adenauer auf. Wie der Kanzler, so erkannte auch der Wirtschaftsminister, daß Europa, das er als geistige, sittliche Einheit begriff, nach dem Zweiten Weltkrieg »nicht mehr der geistige und politische Mittelpunkt der Welt« war, daß seine »Kräfte nicht mehr ausreichten«, um sich selbst »vor neuer imperialistischer Bedrohung zu schützen, und daß die politische und wirtschaftliche Organisation Europas den veränderten technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten nicht mehr entsprach«⁴. Darüber hinaus waren beide der Auffassung, daß die Einigung Europas »eine tragbare Lösung der Deutschlandfrage« verlange⁵.

Ungeachtet derartiger Übereinstimmungen beruhten die Europakonzeptionen dieser Staatsmänner aber auf zwei völlig verschiedenen Grundprinzipien. Von Adenauers Konzept unterschied sich Erhards Strategie zum einen darin, daß er ein gänzlich anderes Verhältnis zur Macht besaß. »Die Macht«, so äußerte er in seiner großen Rede vom 15. 1. 1962, »ist in meinen Augen immer öde, sie ist gefährlich, sie ist brutal[,] und sie ist im letzten Sinne sogar dumm.« Um der von ihm sehr wohl anerkannten fortdauernden äußeren Bedrohung zu begegnen, bedurfte es daher

2 Grundlegend Werner WEIDENFELD, Konrad Adenauer und Europa, Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976 (Europäische Studien des Instituts für Europäische Politik, 7); s. a. Hanns Jürgen KÜSTERS, Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der EWG, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) S. 646–673; Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer und Europa, in: ebenda 27 (1979) S. 474–523, und jetzt Paul LEGOLL, Konrad Adenauer et l'idée d'unification européenne, Janvier 1948–mai 1950 Un homme politique »européen« et son environnement dans le contexte international, Bern, Frankfurt/M., New York, Paris 1989 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 394).

3 Ludwig ERHARD, Ansprache auf einer Veranstaltung der CDU Nordrhein-Westfalen, 5. 6. 1966, im Auszug in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Jg. 1966, Nr. 75, S. 589.

4 Ludwig ERHARD, Für eine europäische Solidarität, Rede vor dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, 9. 5. 1965, in: Bulletin, Jg. 1965, Nr. 81, S. 644; s. a. Ludwig-Erhard-Archiv (L-E-A), NE 56, DERS., Lehren aus der Geschichte, Ansprache auf dem 11. CDU-Bundesparteitag in Dortmund, 4. 6. 1962, abgedruckt in: DERS., Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, Hg. Karl HOHMANN, Düsseldorf, Wien, New York 1988, S. 743–760.

5 Ludwig ERHARD, Die Deutschlandfrage bleibt im Vordergrund, Ansprache an die Deutsche Bevölkerung, Deutsches Fernsehen, 21. 7. 1966, in: Bulletin, Jg. 1966, Nr. 97, S. 769f., hier S. 770.

seiner Meinung nach nicht der Macht, sondern »der Stärke und Kraft«. Das Bewußtsein dieser beiden Faktoren – der Stärke der eigenen Verteidigung und Wirtschaft sowie insbesondere der Kraft der Werte der freien Welt – sei am ehesten dazu in der Lage, »bloße Macht [zu] brechen«⁶.

Zum anderen erblickte Erhard im Gegensatz zu Adenauer nicht wie Napoleon in der Politik, sondern – geprägt von der Notsituation der Nachkriegszeit – wie Rathenau in der Wirtschaft das »Schicksal«⁷. Während Adenauer ein eher instrumentelles Verhältnis zur Wirtschaftspolitik besaß, wies Erhard bereits als Minister immer wieder darauf hin, daß insbesondere ökonomische Vorstellungen in die Diskussion um die europäische Integration eingebracht werden müßten. Überzeugt von dem Erfolg der von ihm vertretenen sozialen Marktwirtschaft, sah er die langfristig konzipierte Lösung der Weltprobleme in der Verwirklichung seiner Vision eines von autarken Tendenzen, Isolationismus und Protektionismus befreiten Welthandels, eingebunden in eine offene internationale Gesellschaft, basierend auf einer »untrennbaren politischen, militärischen ... Gemeinschaft, einer Partnerschaft aller freien Nationen«⁸, die es ermöglichte, die Herausforderung der kommunistisch-totalitären Welt auf dem wirtschaftlich-sozialen Feld anzunehmen und die eindeutige Überlegenheit des westlichen, freien Lebens in ideologischer wie ökonomischer Hinsicht zu demonstrieren⁹.

Diese grundsätzlichen Differenzen in der politischen Philosophie der beiden Politiker führten nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im August 1954 in ihren europapolitischen Ausrichtungen zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zum Neuansatz in der Europapolitik entwickelten sie sich zu Wortführern zweier Richtungen, die mit unterschiedlichen Konzepten den eingetretenen Stillstand aufheben wollten. Auf der einen Seite plädierte Adenauer im Verein mit Außenminister Brentano und Staatssekretär Hallstein dafür, daß die an der Montanunion beteiligten Staaten eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit, einen gemeinsamen Markt einrichten und dazu gemeinsamen Institutionen bestimmte Befehls- und Steuerungsaufgaben übertragen sollten. Diese »Institutionalisten« waren der Meinung, daß eine allmähliche Fusionierung der nationalen Wirtschaften schließlich in einen politischen Zusammenschluß münden könne¹⁰.

6 Ludwig ERHARD, Europäische Integration und atlantische Zusammenarbeit, Rede vor der Handelshochschule St. Gallen, 15. 1. 1962, in: DERS., Wirken und Reden, Hg. Walter HOCH, Ludwigsburg 1966, S. 166–185, hier S. 168, 179–181.

7 Ludwig ERHARD, Der Weg in die Zukunft, Rede vor der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 21. 4. 1948, in: DERS., Deutsche Wirtschaftspolitik, Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf, Wien, Frankfurt/M. 1962, S. 38–61, hier S. 60, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 95–119; vgl. Klaus HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition, 1963–1969, Stuttgart, Wiesbaden 1984 (Geschichte der Bundesrepublik, Hg. Karl Dietrich BRACHER u. a., Bd. 4) S. 40.

8 LUKOMSKI (wie Anm. 1) S. 181 f.

9 S. Ludwig ERHARD, Darf man über »Europa« sprechen?, in: Handelsblatt, 17. 1. 1961, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 657–661; s. a. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 127, Daniel KOERFER, Kampf ums Kanzleramt, Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 526, Ulrich LAPPENKÜPER, Ludwig Erhard – Stationen seiner Europapolitik, in: Information für die Truppe H. 3 (1990) S. 99–107.

10 Vgl. KOERFER (wie Anm. 9) S. 136, Herbert MÜLLER-ROSCACH, Die Deutsche Europapolitik 1949–1977, Eine politische Chronik, Bonn 1980 (Europäische Schriften des Instituts für Europäische

Im Gegensatz dazu glaubten die »Funktionalisten« um Erhard, eine wirtschaftliche Integration könne sich nur in einem umfassenden Rahmen unter Einfluß der USA und Großbritanniens vollziehen. Die in mehreren Stufen gedachte Realisierung dieses »long-term-projects« sah zwar – gewissermaßen als Pivot – zunächst die Versöhnung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sowie eine verstärkte bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nachbarn vor. Diese Kooperation betrachtete er aber keineswegs als Selbstzweck. Sie hatte vielmehr dem Ziel einer »höhere[n] Verpflichtung zur Schaffung eines gemeinsamen und freien Europas, gerade auch im ökonomischen Bereich« zu dienen. Die deutsch-französische Verständigung und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit sollte ausdrücklich weder ein Exklusivbündnis manifestieren noch als Versuch einer »ökonomischen Achsenbildung Paris–Bonn« gedeutet werden dürfen, sondern vielmehr als Katalysator für die Einleitung einer zweiten Stufe fungieren, nämlich die einer wirtschaftspolitischen Annäherung des ganzen freien Europa. Diese Annäherung verstand Erhard – wie er am 7. 12. 1954 in einer Rede vor dem Klub »Les Echos« in Paris ausführte – im Sinne einer »funktionalen Integration« der Volkswirtschaften, d. h. eines Systems, bei dem das Verhalten der nationalen Regierungen nicht vom Diktat einer supranationalen Behörde behaftet sei, sondern durch sein inneres Ordnungsgefüge gewissermaßen erzwungen, also »durch die Ordnung des Systems an sich« erreicht werde¹¹. Die von ihm prinzipiell durchaus befürwortete Montan-Union durfte mit ihrer Teilintegration im Kohle- und Stahlbereich seiner Meinung nach daher keineswegs als Modell für weitere europapolitische Schritte dienen, denn, so erklärte er Hallstein am 9. 3. 1954, Europa entstehe eben »nicht durch eine Addition von Teilunionen beziehungsweise branchenmäßigen Vereinbarungen, sondern Europa ist im ökonomischen Sinne nur als eine echte Funktion zu begreifen«¹². Bevor die Entscheidungsfreiheiten supranational eingeschränkt würden, müßten Prinzipien gesetzt werden, »die aus dem Ordnungssystem heraus einen sozusagen anonymen Zwang auf das Verhalten der Nationalstaaten ausüben«¹³.

Diese Gedanken präzisierend, schrieb er ein Jahr später in einer privaten, auch Adenauer zugeleiteten Studie für Jean Monnet: Nur eine funktionale Integration europäischer Staaten könne den Erfordernissen der modernen Staatenwelt entsprechen, denn das System zwischenstaatlicher Kooperation sei nicht in der Lage, die notwendige Qualitätsveränderung der internationalen Beziehungen herbeizuführen. Der Weg der institutionellen Integration sei demgegenüber aufgrund der Delegation nationaler souveräner Zuständigkeiten an supranationale Behörden mit dem Makel behaftet, daß »die einzelnen Nationalstaaten der Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftspolitik beraubt [werden], ohne daß eine Mehrzahl supranationaler

Politik, 55), Hans-Peter SCHWARZ, Die Ära Adenauer, Gründerjahre der Republik, 1949–1957, Stuttgart, Wiesbaden 1981 (Geschichte der Bundesrepublik, Hg. Karl Dietrich BRACHER u. a., Bd. 2) S. 338.

11 Ludwig ERHARD, Europäische Einigung durch funktionale Integration, Rede vor dem Klub »Les Echos« in Paris, 7. 12. 1954, in: DERS., Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 253–259, hier S. 257, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 417–424.

12 Zitiert nach LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 129.

13 Ludwig ERHARD, Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, 22. 9. 1954, in: Bulletin, Jg. 1954, Nr. 178, S. 1565 f., 1568–1570, hier S. 1565, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 405–408; s. a. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 130.

Behörden dafür wirksamen Ersatz oder gar höheren Effekt bieten könnte«. Seine scharfe Kritik am institutionalistischen Modell gipfelte schließlich in der Feststellung, daß ein Überhandnehmen branchenmäßiger Integrationen nicht zur Verflechtung, sondern zu einer »Atomisierung der binnen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Volkswirtschaften« führen müsse. Zwar gelte bei der anzustrebenden funktionalen Integration der »Primat der Politik«, doch warne er vor der Gefahr, »daß man über Formen der politischen Verständigung wirtschaftliche Zusammenfassungen erreichen möchte, die wegen der Gegensätzlichkeiten der Grundlagen, Vorstellungen und Ziele nicht auf einen Nenner zu bringen sind«. Sicherlich habe die Politik »die Führung« zu übernehmen, doch bedürften »diese Anstrengungen der sorgfältigen Beobachtungen und Berücksichtigungen der gesellschaftswirtschaftlichen Formen, Prinzipien und Entwicklungstendenzen im nationalen und internationalen Raum«. Eine wirtschaftliche Integration zwinge nicht zugleich zu einer politischen. Umgekehrt sei es aber kaum vorstellbar, »daß eine starke und organische politische Zusammenfassung nicht zugleich auch zu engeren wirtschaftlichen Verflechtungen drängen würde: Jede Integration ... setzt immer eine vorherige Übereinstimmung hinsichtlich der Prinzipien, Systeme und Ziele des Handelns und Verhaltens voraus«¹⁴.

Vor dem Hintergrund dieser Gedankengänge wird es nur zu verständlich, daß Erhard nie begeisterter Anhänger der Römischen Verträge sowie der durch sie geschaffenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war. Während Adenauer die Europapolitik im allgemeinen und die Verhandlungen zur EWG im besonderen stets auch als »das notwendige Sprungbrett für uns, um überhaupt wieder in die Außenpolitik zu kommen«¹⁵, betrachtete, war Erhard ein derartiges rein instrumentelles Verständnis der Europapolitik fremd. Im Rahmen reger Aktivitäten gegen diese Verhandlungen unterstrich er daher am 11. 4. 1956 gegenüber dem Kanzler, daß er dessen Europapolitik nicht unterstützen könne. Vehement verurteilte er die von ihm favorisierten »Teillösungen...«, die im Effekt nicht zu einer echten Integration, sondern nur zu einer Aufsplitterung und Zerfransung der Volkswirtschaften führen«. Abermals trat das unterschiedliche Politikverständnis beider Protagonisten scharf zu Tage: hier der nüchterne, kontinentaleuropäisch orientierte Kanzler, dort der den Lehren seines Mentors Oppenheimer und der englischen Nationalökonom Smith, Cobden und Bright verpflichtete Wirtschaftsminister¹⁶.

Sein Widerstand gegen die EWG-Pläne wuchs noch, als die englische Regierung im Mai 1956 das Projekt einer großen Freihandelszone vorschlug, in dem Erhard »die seit Jahren entscheidende, politische und wirtschaftliche Initiative zur Integra-

14 L-E-A, NE I.1)3, Ludwig Erhard, Gedanken zu den Problemen der Kooperation oder der Integration, Private Studie – Vertraulich [1955], S. 6; vgl. ERHARD, Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 256 f. u. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 131 f.

15 Adenauer an Erhard, 13. 4. 1956, zitiert nach KOERFER (wie Anm. 9) S. 140, s. a. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 127.

16 Erhard an Adenauer, 11. 4. 1956, zitiert nach KOERFER (wie Anm. 9) S. 138, s. a. Ludwig ERHARD, Wer ist ein guter Europäer?, in: Deutsche Korrespondenz, 21. 7. 1965, abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 442–445, KOERFER (wie Anm. 9) S. 139, HILDEBRAND, Erhard (wie Anm. 7) S. 40, LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 133.

tion Europas« erblickte¹⁷. Als sich seine Hoffnungen zerschlugen, hielt er mit seiner Kritik an dem »volkswirtschaftlichen Unsinn«¹⁸ der EWG nicht hinterm Berg. Denn einerseits sah er in dem beschränkten Konzept der Sechs die Gefahr des gemeinschaftlichen Protektionismus gegenüber Nichtmitgliedern und warnte daher »vor einer europäischen ›Inzucht‹«¹⁹. Andererseits befürchtete er, daß das Vertragswerk »mit seinen Ausweichklauseln und zahlreichen Vorbehalten« den freien Wettbewerb schwächen könne²⁰. Und schließlich mißfielen ihm der durch den ersten Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, inkarnierte EWG-Institutionalismus²¹ und der sich in den Arbeiten der europäischen Wirtschaftsbürokratie widerspiegelnde Geist der französischen »planification«. Eine solche langfristige Vorausschau der mutmaßlichen Wirtschaftsentwicklung lehnte er ab, weil das Verhalten der Menschen »eine Qualität« darstelle und »Qualitäten solcher Gattung ... naturgemäß nicht quantifizierbar« seien. Darüber hinaus sah Erhard in einem Langzeit-Programm die Gefahr einer unausweichlichen Hinwendung zu den dirigistischen Methoden der Zentralverwaltungswirtschaft. Die Gemeinschaft benötigte seiner Ansicht nach aber kein Planungs-, sondern ein Ordnungsprogramm, wie er es beim Aufbau Nachkriegsdeutschlands vertreten hatte²².

Ungeachtet seiner massiven Vorbehalte stimmte er dem Vertragswerk in der Europadebatte des deutschen Bundestages am 21.3. 1957 aus politischen Gründen zu, denn er erblickte in dem Aufbau eines gemeinsamen Marktes zunächst und vor allem das Ziel, bei den europäischen Völkern »das Bewußtsein einer unauflöselichen Schicksalsgemeinschaft zu wecken, ihnen ihre gemeinsame Zukunft vor Augen zu führen und vor allem in der europäischen Jugend eine Gläubigkeit zu erwecken, daß ein glücklicheres Europa im Werden ist«²³.

Angesichts der fortbestehenden Bedenken gegenüber der EWG verlagerte Erhard nunmehr seine europapolitischen Aktivitäten und warb fortan unermüdlich für die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes durch die Schaffung der von London vorgeschlagenen Freihandelszone. Doch scheiterten derartige Pläne stets an der intransigenten Haltung des Präsidenten der Französischen Republik, Charles de Gaulle. Seine Rückkehr zur Macht am 1.6. 1958 leitete eine lange Phase von Krisen

17 Ludwig ERHARD, Das Projekt der Freihandelszone, Erklärung vor dem Ministerrat der OEEC in Paris, 12. 2. 1957, in: DERS., Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 333–336, hier S. 333, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 486–489.

18 Zitiert nach CARO (wie Anm. 1) S. 300.

19 ERHARD, Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 335; vgl. Alfred MÜLLER-ARMACK, Ein exemplarisches Leben – Zum 80. Geburtstag von Ludwig Erhard, in: Karl HOHMANN (Hg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf, Wien 1977, S. 386–392, hier S. 391.

20 LUKOMSKI (wie Anm. 1) S. 175, s.a. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 136.

21 S. L-E-A, NEI.1)3, Erhard, Private Studie (wie Anm. 14) S. 4–7 u. L-E-A, NEI.4)34, Erhard an Hermann Josef Abs, 4. 4. 1955.

22 Ludwig ERHARD, Geist und Prinzipien der deutschen Wirtschaftspolitik, Rede vor dem Europäischen Parlament am 20. 11. 1962 in Straßburg, in: DERS., Wirken (wie Anm. 6) S. 206–219, hier S. 214f., unter dem Titel »Planification – kein Modell für Europa« wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 770–780; s.a. Günter BUTTKUS, Die zukünftige Wirtschaftspolitik der EWG, Ein Beitrag zur Diskussion über das Aktionsprogramm, in: Europa-Archiv (EA) 18,1 (1963) S. 175–184, hier S. 178f., LUKOMSKI (wie Anm. 1) S. 164–168.

23 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte der 2. Wahlperiode, 200. Sitzung, 21. 3. 1957; s.a. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 137, KOERFER (wie Anm. 9) S. 144.

und Blockierungen im europäischen Einigungsprozeß ein, in der insbesondere Fragen der Supranationalität, der Erweiterung der EWG und der Beziehungen zu den USA ständig Anlaß zu Reibungen boten. Scheinbar unversöhnlich standen sich das von den Römischen Verträgen anvisierte Konstrukt einer europäischen Föderation und das von ihm projektierte Staatengebilde konföderativer Prägung gegenüber. De Gaulles europapolitische Vorstellungen²⁴ gingen zunächst vom Faktum einer unaufhebbaren Realität der »nation« aus, leiteten daraus das Recht auf nationalstaatliche Souveränität ab und zielten schließlich auf einen diesen Maximen Rechnung tragenden losen Zusammenschluß der durch gemeinsame Ideale, Kultur und Zivilisation verbundenen europäischen Staaten, die von der »détente« über die »entente« zur »coopération« finden sollten. Diesem sog. »Europa der Vaterländer« (ein Begriff, den er notabene ablehnte²⁵), das nach Meinung des französischen Staatsmannes von einem durch »grandeur« und moralische wie physische Überlegenheit prädestinierten Frankreich geführt werden sollte, fiel nun die Aufgabe eines Schiedsrichters zwischen den Supermächten sowie die Funktion einer unabhängigen »Dritten Kraft« zur Austarierung des Weltgleichgewichts zu. Der Ehrgeiz, dieses von Atlantik und Ural begrenzte »Europe européenne« zu schaffen, erforderte – wie de Gaulle sehr wohl wußte – Maßnahmen zur Konsolidierung der Alten Welt. Vor allem galt es, das Europa der Sechs über die wirtschaftliche Kooperation hinaus auch in anderen Bereichen so zu verbinden, daß es sowohl seinen Ressourcen nach wie durch seine kollektive Handlungsfähigkeit mit den USA und der Sowjetunion vergleichbar wäre. Hinsichtlich dieses Zieles bedurfte er indes eines Partners, der angesichts der »special relationship« zwischen England und den USA nur Bundesrepublik Deutschland heißen konnte. Während Adenauer seinerseits Hilfe von einer Seite benötigte, die unabhängiger war als er und die den deutschen Standpunkt gegen sowjetische Interessen vertrat, hoffte de Gaulle darauf, seine Vorstellungen von einer politischen Union Europas durch Bonn absichern und zugleich seine landwirtschaftlichen Probleme lösen zu können.

Während Adenauer de Gaulle viel Verständnis entgegenbrachte, stand Erhard der Politik des Generals und damit auch der profranzösischen Haltung seines Kanzlers ablehnend gegenüber. In einem Briefentwurf vom 3. 9. 1958 warf er dem Auswärtigen Amt vor, es verhalte sich hinsichtlich der Frage der Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA viel zu nachgiebig gegenüber dem westlichen Nachbarn. Die politische Perspektive der EWG dürfe nicht in eine »Hybris der Sechs« umschlagen.

24 Zur Europapolitik de Gaulles s. vor allem Edmond JOUVE, *Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe, 1940–1966*, 2 Bde., Paris 1967, Jean LACOUTURE, *De Gaulle*, 3 Bde., Paris 1984–6, Ulrich LAPPENKÜPER, *Europa der Vaterländer*, Zum 100. Geburtstag von Charles de Gaulle, in: *Information für die Truppe* H. 11 (1990), S. 75–86, Gabrielle LATTE, *Die französische Europapolitik im Spiegel der Parlamentsdebatten (1950–1965)*, Berlin 1979 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, 36), Roger MASSIP, *De Gaulle et l'Europe*, Paris 1963, Thomas Alexander MIROW, *Die europapolitischen Konzeptionen de Gaulles und ihre Bedeutung für die Haltung Frankreichs in der Fünften Republik*, Diss. Bonn 1975, Bonn 1977 sowie Johanna SCHOMERUS, *De Gaulles Europa-Konzeption im Spiegel seiner Memoiren und Reden*, in: *EA* 18,1 (1963) S. 323–332. Zum allgemeinen Verständnis der politischen Philosophie de Gaulles s. Gilbert ZIEBURA, *Ideologische Grundlagen der Außenpolitik de Gaulles*, in: *EA* 20,1 (1965) S. 275–284.

25 Zu diesem Begriff nun Ingo KOLBOOM, *Nation und Europa, Charles de Gaulle – als Symbolfigur für ein Mißverständnis*, in: *Dokumente* H. 4 (1990) S. 283–291, hier S. 289f., u. Ernst WEISENFELD, *Charles de Gaulle, Der Magier im Elysee*, München 1990, S. 47–49.

Sie müsse vielmehr auch jenen Ländern, die sich ihren politischen Zielen nicht anschließen könnten, im gesamtwestlichen Interesse zur wirtschaftlichen Entfaltung verhelfen²⁶. Als Adenauer infolge seiner ersten Begegnung mit de Gaulle wenige Wochen später in Colombey-les-deux-Eglises seinen außenpolitischen Kurs energisch nach Paris ausrichtete, sah sich Erhard in einer neuerlichen Attacke gegen seine europapolitischen Widersacher in der Regierung dazu veranlaßt, den Ton noch zu verschärfen. Die »unnachgiebige wie protektionistische Haltung Frankreichs«, so warf er dem Kanzler am 11. 11. 1958 vor, werde ergänzt durch den Standpunkt der EWG-Kommission, »daß keine größere europäische Lösung das innere Gefüge der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft antasten dürfe«. Stets auf den offenen Charakter der EWG und gleichzeitig auf deren politischen Charakter zu verweisen, sei heuchlerisch, weil Großbritannien nicht zugemutet werden könne, »einen solchen Anschluß zu vollziehen«²⁷.

Zu diesem Zeitpunkt war eine derartige Kritik zweifellos überzogen, denn Adenauer hatte kurz zuvor aus Verärgerung über den de Gaulleschen Vorstoß vom 17. 9. 1958 in Richtung auf ein französisch-britisch-amerikanisches Triumvirat zur Regelung europäischer und weltpolitischer Probleme eine Kurskorrektur zugunsten des britischen Freihandelszonenprojektes vorgenommen²⁸. Allerdings währte dieses proenglische Intermezzo des Kanzlers nicht sehr lange. Denn nach dem Scheitern dieser Pläne ließen ihn das sowjetische Berlin-Ultimatum vom November 1958, der englische Versuch, die eigene Festigkeit gegenüber Chruschtschow mit deutschen Zugeständnissen in der Frage der Freihandelszone zu erkaufen²⁹, das daraus resultierende Mißtrauen gegen Macmillans Reise in die Sowjetunion im Februar 1959 und das Camp-David-Treffen zwischen Chruschtschow und Eisenhower im September 1959 erneut und dauerhaft wieder auf die Seite de Gaulles umschwenken. Ohne Widerstand nahm er schließlich auch hin, daß der Präsident am 14. 11. 1958 das britische Freihandelszonenprojekt zu Fall brachte³⁰.

Als England ein Jahr später mit der Gründung der EFTA reagierte und Macmillan sogar mit einem Abzug von Truppen drohte³¹, falls die Bundesrepublik nicht das britische Interesse an einer engen Zusammenarbeit der beiden Wirtschaftsblöcke unterstütze, verschärfte sich Adenauers Anglophobie sogar noch. Während er nun ausschließlich auf die französische Karte setzte, blieb Erhard eine derartige Modifizierung europapolitischer Zielsetzungen im Zuge weltpolitischer Veränderungen fremd. Nach dem von de Gaulle verursachten herben Rückschlag in der europäischen Einigungsbewegung bemühte er sich vielmehr intensiv um eine Anbindung einer neuerlichen Konfrontation, als Erhard am 23. 3. 1959 in einer aufsehenerregenden Rede vor dem »Centro Italiano di Studi per la riconciliazione internazionale« in

26 Zitiert nach LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 143.

27 Erhard an Adenauer, 11. 11. 1958, zitiert nach LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 144.

28 S. KOERFER (wie Anm. 9) S. 211f., Hans-Peter SCHWARZ, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel, 1957–1963, Stuttgart, Wiesbaden 1983 (Geschichte der Bundesrepublik, Hg. Karl Dietrich BRACHER u. a., Bd. 3) S. 101.

29 S. *ibid.* S. 100.

30 S. KOERFER (wie Anm. 9) S. 215–220.

31 S. Adenauer an Heuss, 20. 4. 1960, in: Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Unserem Vaterlande zugute, Der Briefwechsel 1948–1963, Bearb. Hans Peter MENSING, Berlin 1989 (Adenauer, Rhöndorfer Ausgabe, Hg. Rudolf MORSEY, Hans-Peter SCHWARZ) Nr. 232.

Rom seine bekannten Positionen über die Notwendigkeit der Schaffung einer großen Freihandelszone ausbreitete und schließlich feststellte: »Europa kann sich gerade in dieser politischen Situation nicht den Luxus erlauben, im ökonomischen Bereich getrennt zu marschieren, aber auf die Kraft politischer Einigkeit zu vertrauen. ... Es ist in Europa eine Art Mystizismus aufgekommen! Man tut so, als ob die geschaffenen Institutionen unantastbar oder überhaupt gegen jede Kritik gefeit sein müßten. Können wir wirklich annehmen, daß diese Verträge göttlicher Weisheit entsprechen? Nationale Regierungen werden bekanntlich vom Volke kritisiert; das gehört zu jeder demokratischen Einrichtung. Warum sollte darum die Kritik vor europäischen Verwaltungen und supranationalen Instanzen halt machen³².«

Ungeachtet der harten Zurechtweisung durch Adenauer, der in diesem Vortrag einen erneuten Beweis dafür sah, wie wenig sein Minister von Außenpolitik verstand und wie wichtig es demzufolge sei, seine Nachfolge als Kanzler zu verhindern³³, behielt Erhard seine europapolitische Linie bei. Bei seinen Forderungen nach einer handelspolitisch verstärkten Zusammenarbeit mit der EFTA griff der Sanguiniker Erhard dabei bisweilen zu recht eigenwilligen Mitteln. So ließ er Mitte Oktober 1959 riesige Anzeigen drucken, auf denen er durch die Gleichung »6+7+5=1« und den beigefügten, eindeutig gegen seinen Kanzler gerichteten Satz: »Die europäische Wirtschaft rollt auf vielen Rädern und hat mehr als nur eine Achse«, unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daß seine politische Arithmetik den Verband aus EWG, EFTA und den fünf westlich orientierten europäischen Staaten Griechenland, Türkei, Island, Irland und Spanien als Einheit begriff³⁴. Nur ein derartiger europaweiter Freihandelsraum – dessen war sich Erhard bewußt – schaffe ein Wirtschaftsgebiet, in dem die Möglichkeiten moderner industrieller Produktionsmethoden voll ausgeschöpft werden, in dem alle Länder, nicht zuletzt auch die Bundesrepublik³⁵, durch eine großräumige Arbeitsteilung an den Vorteilen der rationellen Massenfertigung partizipieren könnten.

Wenngleich Adenauer ihn ob dieser kaum verhüllten Attacke gegen die deutsch-französische Annäherung abermals zur Ordnung rief³⁶, hielt Erhard an seiner Strategie fest. Die bevorstehende Paraphierung der EFTA-Gründungskonvention drängte ihn dazu, nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Abgeordneten der Unionsfraktion auf die Notwendigkeit des Offenhaltens von Kontaktmöglichkeiten zwischen den beiden Wirtschaftsräumen aufmerksam zu machen. Am 12. 11. 1959 empfing der Minister dazu eine Reihe von Unions-Abgeordneten und klagte mit

32 Ludwig Erhard, Rede vor dem »Centro Italiano di Studi per la riconciliazione internazionale«, 23. 3. 1959, zitiert nach KOERFER (wie Anm. 9) S. 257; vgl. KONRAD ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 520–523.

33 Zum Konflikt zwischen Erhard und Adenauer s. KOERFER (wie Anm. 9) bes. S. 258–263, ADENAUER (wie Anm. 31) S. 517–551.

34 Zitiert nach LUKOMSKI (wie Anm. 1) S. 180, s. a. Ludwig ERHARD, Europäische Mißverständnisse, in: Europäische Integration 1 (1959) S. 3–8, wieder abgedruckt in: DERS., Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 450–455, u. DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 583–589, KOERFER (wie Anm. 9) S. 395.

35 Zur Bedeutung des Handels mit der EFTA für die deutsche Volkswirtschaft s. Ludwig ERHARD, Strukturveränderung mit Bildung der EWG, Rede vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, 5. 2. 1963, in: DERS., Wirken (wie Anm. 6) S. 220–228.

36 S. KOERFER (wie Anm. 9) S. 395.

bekannter Schärfe gegen die europäische Zersplitterung in EWG und EFTA³⁷. Nach Bekanntwerden dieses Treffens verlangte der Regierungschef umgehend Rechenschaft von seinem unbotmäßigen Minister und kritisierte dessen europapolitische Äußerungen intern äußerst scharf. In öffentlichen Äußerungen erweckte er demgegenüber den Eindruck, als ob auch er sich mit aller Kraft für eine Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA stark zu machen gedenke³⁸.

Erhard lehnte eine derartige Doppelmoral ab und machte trotz erheblicher Drohungen Adenauers in einer neuen Werbekampagne Ende 1959 erneut auf die großen Gefahren aufmerksam, wenn sich die deutsche Außenpolitik weiterhin »vornehmlich in traditionellen und konservativen Denkkategorien« bewege und dadurch »den sich abzeichnenden Entwicklungen nicht mehr völlig gerecht zu werden vermag«. Die Wirtschaftspolitik dürfe kein »Sonderdasein am Rande der Außenpolitik führen«³⁹. Denn, so ergänzte er in einem Artikel der Zeitung »Die Welt«, der Gegensatz zwischen Kommunismus und freiheitlicher Lebensordnung werde »auf einem vorwiegend wirtschaftlich bestimmten Schauplatz ... endgültig ausgetragen«⁴⁰.

In seinem Eintreten für die größere Freihandelszone ging der Minister schließlich so weit, daß er im Frühjahr 1960 den nach Hallstein benannten Plan der EWG-Kommission zur beschleunigten Durchführung der Römischen Verträge ausdrücklich ablehnte, weil die durch ihn gestellte Forderung nach einer rascheren Herabsetzung der Zölle innerhalb der Gemeinschaft eine Abschottung nach außen förderte⁴¹. Diesem auf die Erweiterung der bestehenden Wirtschaftsgemeinschaft hinzielenden Engagement lag indes nicht ausschließlich ein ökonomisches Motiv zugrunde. Erhard war überzeugt, daß die Verflechtungen von Wirtschaft und Politik eine Ergänzung der wirtschaftlichen um den Bereich der politischen Integration erforderte, wobei diese – wie er glaubte – eines originär politischen Impulses, eines europäischen Bewußtseins bedürfe, da aus einer ökonomischen Einigung nicht automatisch politische Gestalt erwachse⁴². Wie er sich diese Einigung vorstellte, hatte er bereits im Februar 1952 skizziert: Nicht ein zentralistisch regierter europäischer Überstaat sollte entstehen, sondern ein politisches Gebilde nach dem Vorbild der Schweiz⁴³.

Erhard wollte also nicht, wie ihm vielfach vorgeworfen wurde, die politische

37 S. *ibid.* S. 396.

38 S. *ibid.* S. 397–400.

39 Ludwig ERHARD, Wir leben nicht mehr in Metternichs Zeiten, in: *Die Zeit*, 25. 12. 1959, abgedruckt in: DERS., *Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 7) S. 458–460, wieder abgedruckt in: DERS., *Gedanken* (wie Anm. 4) S. 592–595; s. a. KOERFER (wie Anm. 9) S. 402f.

40 Ludwig ERHARD, Seien wir wachsam und besinnlich, in: *Die Welt*, 29. 12. 1959, s. a. KOERFER (wie Anm. 9) S. 403f.

41 Vgl. ERHARD, *Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 7) S. 334; der Text des Planes in Jürgen SCHWARZ (Hg.), *Der Aufbau Europas, Pläne und Dokumente 1945–1980*, Bonn 1980, Nr. 36.

42 S. Ludwig ERHARD, Mein Lieblingskind: Europa, Rede vor dem Europa-Wirtschaftstag in Hannover, 3. 5. 1963, in: DERS., *Wirken* (wie Anm. 6) S. 229–246, hier S. 245f.; s. a. *ibid.* S. 179.

43 S. Ludwig ERHARD, Die deutsche Wirtschaftspolitik im Blickfeld europäischer Politik, Rede vor dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung in Zürich, 6. 2. 1952, in: DERS., *Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 7) S. 174–193, bes. S. 189–193, wieder abgedruckt in: DERS., *Gedanken* (wie Anm. 4) S. 318–338.

Integration Europas »auf dem Altar merkantiler Interessen ... opfern«⁴⁴. Allerdings war er vor dem Hintergrund seiner als Wirtschaftsminister gesammelten Erfahrungen davon überzeugt, daß das Zusammenfinden auf dem wirtschaftlichen Feld eher gelingen könne. »Was liegt näher«, so meint er am 12.2. 1957, »als einen neuen Impuls von der Seite her zu geben, die nach aller Erfahrung am meisten Hoffnung auf Fortschritt und Erfolg bietet, nämlich von der wirtschaftlichen, zumal auch die politischen Motive und Zielsetzungen, Vorbedingungen und Folgen eng mit den ökonomischen Tatbeständen verbunden sind«⁴⁵.« Deshalb wandte er sich auch energisch gegen das von den »Kleineuropäern« erhobene Monitum, das von ihm propagierte Zusammenführen von EWG und EFTA müsse den Gemeinsamen Markt sprengen und habe eine Diskriminierung gegenüber den USA zur Folge. Eine solche »Konstruktion am Reißbrett« beweise nur – so Erhard im Handelsblatt vom 23./24. 12. 1960 –, daß ihre Verfechter »die Zeichen der Zeit, d.h. die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte der freien Welt in einer multilateralen Ordnung und die daraus fließenden Kräfte« noch nicht erkannt hätten⁴⁶.

Nachdem er sich im Laufe des Jahres 1960 erfolgreich für die Durchsetzung eines Kompromißvorschlages in der Frage des Hallstein-Planes eingesetzt und von Adenauer die Zusage zu ernsthaften Verhandlungen mit der EFTA erhalten hatte⁴⁷, richteten sich seine europapolitischen Aktivitäten anschließend gegen die neue Europainitiative de Gaulles.

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz im März 1960 hatte der Präsident im Mai die französische Bereitschaft zur Mitwirkung an der Bildung einer politischen und wirtschaftlichen Union Westeuropas als Vorstufe für eine den Kontinent umspannende europäische Föderation verkündet. Dieser Adenauer im Juli dargelegte und durch seine Pressekonferenz vom 5. 9. 1960 präzierte Gedanke zielte auf eine organisierte Kooperation der Staats- und Regierungschefs in Fragen der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Erziehungspolitik, unterstützt durch eine beratende Versammlung aus Delegierten der nationalen Parlamente. Allem Anschein nach ging es de Gaulle dabei zunächst um die Entmachtung der EWG-Kommission, die Sicherstellung der französischen Führungsposition in Europa vor dem Hintergrund der Umorientierung der Franzosen von der kolonialen auf die europäische Fixierung nach der Aufgabe Algeriens, um eine Festigung Westeuropas zur Behauptung gegenüber den Supermächten und ein Konterkarieren bald zu erwartender weiterreichender Integrationsbemühungen auf dem politischen Feld⁴⁸.

44 LUKOMSKI (wie Anm. 1) S. 180.

45 ERHARD, Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 333.

46 Ludwig ERHARD, Was wird aus Europa?, in: Handelsblatt, 23./24. 12. 1960, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 653–656; vgl. KOERFER (wie Anm. 9) S. 525 f.

47 S. KOERFER (wie Anm. 9) S. 407–430, F[rank] Roy WILLIS, France, Germany and the New Europe, 2., erw. Aufl., Stanford, London 1968, S. 283–286.

48 Text der Pressekonferenz in: Charles DE GAULLE, Memoiren der Hoffnung, Die Wiedergeburt 1958–1962, Wien, München, Zürich 1971, S. 400–416; vgl. Norbert LANG, Die Bemühungen um die politische Einigung Europas seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Walter HALLSTEIN, Hans-Jürgen SCHLOCHAUER (Hg.), Zur Integration Europas, Festschrift Carl Ophüls aus Anlaß seines siebenzigsten Geburtstages, Karlsruhe 1965, S. 125–141, hier S. 127 f., Ernst WEISENFELD, De Gaulle sieht Europa, Reden und Erklärungen, Frankfurt/M., Hamburg 1966, S. 54.

Ungeachtet der Enttäuschung über diesen Rückfall in eine ineffiziente Kooperationsphase setzten die EWG-Partner daraufhin auf dem Pariser Gipfel vom 10./11. 2. 1961 eine Studienkommission unter dem französischen Botschafter Christian Fouchet ein, die durch die »Bonner Erklärung« der Sechs vom 18. 7. 1961 mit der Aufgabe der Ausarbeitung eines »Europäischen Statuts« betraut wurde. Als Ergebnis ihrer Beratungen legte dieser Ausschuß am 2. 11. 1961 den sogenannten Fouchet-I-Plan vor⁴⁹, der die Gründung einer konföderal strukturierten, unauflösbaren Union mit dem Ziel einer gemeinsamen Außenpolitik, engen Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-kulturellem Gebiet sowie einer gemeinsamen Verteidigungspolitik vorsah.

Überraschenderweise nahm de Gaulle am 18. 1. 1962 seine Zustimmung zu diesem Entwurf zurück und legte ein neues Papier vor, das wesentliche Bestimmungen der Römischen Verträge in Frage stellte und die Änderungswünsche der Fünf unberücksichtigt ließ⁵⁰. Trotz monatelanger Verhandlungen gelang es in der Folgezeit nicht, die gegensätzlichen Vorstellungen über den Charakter des zukünftigen, politisch geeinten Europa einander anzunähern. Am 17. 4. 1962 erklärten die in Paris versammelten Außenminister die Verhandlungen für gescheitert – »auf der Walstatt blieb ein stagnierendes Europa«⁵¹.

Wütend über den Fehlschlag seines Planes, stellte de Gaulle auf einer Pressekonferenz am 15. 5. 1962 noch einmal klar, daß er einen supranationalen Bundesstaat – ein Europa »des mythes, des fictions, des parades«, wie er es nannte – auf das schärfste ablehne und allein ein Europa der Nationen und Staaten akzeptieren könne⁵². Ein weiteres Motiv für seine rüde Absage verschwie er dagegen: den englischen Antrag um Aufnahme in die EWG vom 3. 7. 1961⁵³.

Für den Vorsitzenden des EWG-Ministerrates Ludwig Erhard stellte der Beginn der Verhandlungen mit England am 10. 10. 1961 im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris eine »persönliche Genugtuung« dar⁵⁴. Zusammen mit der vom amerikanischen Präsidenten im Herbst 1961 im Rahmen des »General Agreement on Tariffs and

François BONDY, Manfred ABELEIN, Deutschland und Frankreich, Geschichte einer wechselvollen Beziehung, Düsseldorf, Wien 1973, S. 205f., KOERFER (wie Anm. 9) S. 450f., Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, Fragmente, Stuttgart 1968, S. 59–67.

49 Text des Fouchet-I-Plans in: SCHWARZ (Hg.) (wie Anm. 41) Nr. 39A.

50 Text des Fouchet-II-Plans in: SCHWARZ (Hg.) (wie Anm. 41) Nr. 39A.

51 Neue Zürcher Zeitung, 21. 7. 1962. Vgl. die Darstellungen von Miriam Camps, Die Diskussionen über die Politische Union, in: Wilhelm CORNIDES, Dietrich MENDE (Hg.), Die internationale Politik 1962, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München, Wien 1962, S. 111–127, Walter SCHÜTZE, Frankreich vor und nach der Lösung des Algerienproblems, in: *ibid.*, S. 168–200, hier S. 184–190, Hans von der GROEBEN, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft, Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die politische Union, Baden-Baden 1982, S. 127–170, MÜLLER-ROSCACH (wie Anm. 10) S. 92–125, Waldemar BESSON, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 267–285.

52 Charles DE GAULLE, Pressekonferenz vom 15. 5. 1962, in: DERS., Discours et Messages, Avec le Renouveau, Mai 1958–Juillet 1962, Paris 1970, S. 402–426, hier S. 426; im Deutschen auszugsweise in: DERS., Wiedergeburt (wie Anm. 48) S. 436–446.

53 S. KOERFER (wie Anm. 9) S. 585; zum englischen Aufnahmegesuch von der GROEBEN (wie Anm. 50) S. 173.

54 Ludwig ERHARD, England gehört zu Europa, Ansprache zur Einleitung der Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris, 10. 10. 1961, in: DERS., Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 596–598, hier S. 598, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 709–711; vgl. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 145f.

Trade« (GATT) inaugurierten »Kennedy-Runde«⁵⁵ wertete er den englischen Schritt als einen »der bedeutungsvollsten Abschnitte, ja vielleicht ... [einen] entscheidenden der europäischen Nachkriegsgeschichte« und wies mit einer die kommenden Ereignisse vorwegnehmenden Prophetie sofort auf die Konsequenzen eines Scheiterns der Beratungen hin: »Was vor drei Jahren als ein Mißerfolg gelten konnte, würde dieses Mal ein schwerer Schaden für Europa sein«⁵⁶.

Die Euphorie war verständlich, denn Erhard erkannte, daß mit beiden Vorgängen eine Entwicklung eingeleitet worden war, an deren Ende die Realisierung seiner Vision greifbar nahe schien. Endlich, so glaubte er, habe er einen kongenialen Mitstreiter um den Aufbau einer Liberalisierung des Welthandels in einer atlantischen Partnerschaft gefunden: John F. Kennedy. Während Adenauer Argwohn und Mißtrauen gegenüber dem jungen amerikanischen Präsidenten hegte, äußerte Erhard nach seiner Begegnung mit ihm im Januar 1962 wiederholt Genugtuung über die Bemühungen Kennedys um eine Neugestaltung seiner Beziehungen zu Westeuropa im Rahmen seines »grand design«⁵⁷.

Vor dem Hintergrund seines eigenen vergeblichen Versuches der Begründung einer europäischen politischen Zusammenarbeit und der gleichzeitigen anglo-amerikanischen Bemühungen um Westeuropa sah sich de Gaulle indes zum Gegenlenken genötigt. Bei seinem Treffen mit Adenauer im Dezember 1961 war er mit dem deutschen Staatsmann übereingekommen, daß eine Aufnahme Großbritanniens in die EWG unbedingt verhindert werden müsse, da aus der europäischen sonst eine »Weltorganisation mit all ihren Verlängerungen einschließlich Amerika« werden würde⁵⁸. Aus diesem Grunde regte er nun einerseits diplomatische Aktivitäten zur Bundesrepublik an, die ihren Endpunkt im deutsch-französischen Vertrag vom 22. 1. 1963 fanden. Andererseits setzte er vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Stabilisierung der Republik und nicht zuletzt der wirksamen Bekämpfung des »Krebsgeschwürs der Kolonialkriege«⁵⁹ den britischen Aspirationen – die historische Entente cordiale konterkarierend – am 14. 1. 1963 durch sein Veto ein harsches Ende. Zur Begründung verwies er darauf, »l'Albion perfide« sei ob seines maritimen und insularen Charakters aus ökonomischen Gründen nicht zur Aufnahme in die EWG geeignet. Doch wirkte diese Argumentation äußerst fadenscheinig. Realiter erklärte sich sein Veto denn auch eher aus seiner Furcht vor der britischen Konkurrenz im Kampf um die Hegemonie in Europa und der »Amerikanisierung« Frankreichs und Europas«, nachdem London und Washington im

55 S. JOACHIM WILLMANN, Die Kennedy-Runde im Spannungsfeld amerikanischer und europäischer Interessen, in: EA 19,1 (1964) S. 663–672, Thomas Brian KETCHUM, Wenn die Kennedy-Runde scheitert..., Aus dem Englischen von Christoph Frhr. von Krafft u. J. Lucas, in: EA 20,1 (1965) S. 322–326.

56 ERHARD, Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 596f., vgl. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 145f.

57 S. VON DER GROEBEN (wie Anm. 50) S. 179f. Zum Verhältnis Erhards zur Politik Kennedys s. DERS., Wirken (wie Anm. 6) S. 166–185, u. DERS., Zum Tode John F. Kennedys, Ansprache in Hörfunk und Fernsehen, 23. 11. 1963, in: Bulletin, Jg. 1963, Nr. 208, S. 1841f., wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 855–857.

58 ADENAUER (wie Anm. 47) S. 130.

59 Ludolf HERBST, Option für den Westen, Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Hg. Martin BROZAT, Wolfgang BENZ, Hermann GRAML) S. 204.

November 1962 auf den Bahamas vereinbart hatten, britische U-Boote mit nuklearen amerikanischen Polaris-Raketen auszurüsten und später eventuell in eine noch zu bildende multilaterale NATO-Streitmacht zu integrieren⁶⁰.

Nach den großen Hoffnungen, die Ludwig Erhard in die Verhandlungen mit England gesetzt hatte, mußte ihn das am 28. 1. 1963 auf der Ratstagung in Brüssel endgültig ausgesprochene »Roma locuta, causa finita« des französischen Staatspräsidenten äußerst hart treffen. Während Adenauer aus Furcht vor amerikanischer Unzuverlässigkeit und »weltpolitische[r] Verlassenheit«⁶¹ eindeutig auf die französische Karte setzte, war Erhard eine derartige aus historisch-politischen Erfahrungen abgeleitete Einseitigkeit fremd. Obwohl er zu Großbritannien eine ähnlich differenzierte Einstellung wie zu Frankreich besaß, war für ihn die Vorstellung der Ausklammerung Englands aus der Europäischen Gemeinschaft »eine geradezu gespenstische«. Da ihn die Überzeugung leitete, daß sämtliche Nationen, »die unserer Art, unseres Geistes, unserer Sitte, unserer Kultur, unserer politischen Vorstellungen sind«, im Rahmen einer Assoziierung der großen europäischen Völkerfamilie angeschlossen werden sollten, mußte natürlich auch England dazugehören⁶².

Sichtlich betroffen erklärte der Wirtschaftsminister nach dem französischen Veto am späten Abend des 29. 1. 1963 im Deutschen Fernsehen: »Die Verhandlungen sind an ihrem Ende, einem sehr traurigen Ende angelangt. Es hat fast wie eine Trauerfeier angemutet ... es ist eine schwarze Stunde Europas«⁶³.

Obwohl Erhard dies Theater von Brüssel »mit einer echten, tiefen menschlichen Trauer« erfüllte⁶⁴, verließ er die belgische Hauptstadt, die Stätte seiner Niederlage, »in der Rolle des triumphierenden Verlierers«⁶⁵. Denn zum einen konnte der Minister jeden Vorwurf einer Mitschuld an dem Eklat zu Recht mit dem Hinweis abwehren, er sei schließlich stets für die Aufnahme Englands in die EWG eingetreten. Zum anderen hatte die Koinzidenz des Scheiterns der Beitrittsverhandlungen und der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages seiner Meinung nach eindrucksvoll bestätigt, »welches Unglück durch die allzu sehr forcierte Kanzler-Politik ... verursacht worden sei«⁶⁶. Wenngleich Erhard die deutsch-französische Versöhnung als Eckpfeiler europäischer Einigkeit befürwortete, so akzeptierte er ihre Funktion als Dominante in der europäischen Politik doch

60 VON DER GROEBEN (wie Anm. 50) S. 196; vgl. Edmond JOUVE, *Le Général de Gaulle et l'Europe*, in: Joël RIDEAU u.a. (Hg.), *La France et les Communautés Européennes*, Paris 1975, S. 49–62. Die Pressekonferenz de Gaulles wurde abgedruckt in: DERS., *Discours et Messages, Pour L'Effort, Août 1962–Décembre 1965*, Paris 1970, S. 61–79, im Deutschen auszugsweise in: EA 18,1 (1963) D 87–D 94. Zur MLF s. Wolfram F. HANRIEDER, *Germany, America, Europe, Forty Years of German Foreign Policy*, New Haven, London 1989, S. 45–50, Catherine McArdle KELLEHER, *Germany and the Politics of Nuclear Weapons*, New York 1975, Kap. 9 u. 10, SCHWARZ (wie Anm. 27) S. 290–294, HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 99–110, BESSON (wie Anm. 50) S. 316–321.

61 KONRAD ADENAUER, *Erinnerungen, 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 217.

62 ERHARD, *Wirken* (wie Anm. 6) S. 231, s.a. *ibid.* S. 177.

63 L-E-A, NE 96n, Ludwig Erhard, Rundfunkaufnahme zum Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG, 29. 1. 1963; s.a. Marion Gräfin DÖNHOF, *Ein schwarzer Tag, Fiasko der deutschen Außenpolitik*, in: *Die Zeit*, 1. 2. 1963; vgl. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 146, KOERFER (wie Anm. 9) S. 715.

64 ERHARD, *Wirken* (wie Anm. 6) S. 222.

65 *Der Spiegel*, Nr. 6 (1963) S. 17.

66 *Ibid.*

nur »unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie eingebettet ist in ein friedliches geeintes Europa, in enger Verbindung zur Atlantischen Gemeinschaft«⁶⁷.

Da die Ereignisse der letzten Januartage sowohl das eine als auch das andere wieder in weite Ferne gerückt hatten, sah sich Erhard nun »aus innerer Gewissensnot«⁶⁸ zur Offensive gezwungen. Zwar war er mit seiner Vorstellung von der »Entpolitisierung« einer auch den neutralen europäischen Staaten offenstehenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu diesem Zeitpunkt gescheitert⁶⁹. Dennoch gelang es ihm im Sinne seiner europapolitischen Überzeugungen immerhin, in der Kabinettsitzung vom 30. 1. 1963 eine Resolution durchzusetzen, in der die Bundesregierung erklärte, sie werde ihre Politik der Einigung Europas fortsetzen und alles unternehmen, um die Aufnahme Englands in die EWG zu ermöglichen⁷⁰. Als Regierungssprecher von Hase aber einen Tag später den Beschluß indirekt torpedierte, indem er erklärte, die Bundesregierung befürworte eine rasche Ratifizierung des Elysée-Vertrages und kenne keine Differenzen über dessen Anwendung, schien für Erhard das Maß des Erträglichen voll. Am 5. 2. 1963 zündete er eine »Zeitbombe«⁷¹.

In einem Interview mit dem Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Ulrich Kempfski, wandte sich Erhard äußerst scharf gegen den von de Gaulle und Adenauer gefahrenen Kurs exklusiver zweiseitiger Abmachungen. Nur eine Politik der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit versetze die Staaten in die Lage, ihr Schicksal zu meistern. »Der Bilateralismus ist tot.« Diese »hoffnungsvolle Perspektive« führe »auch aus einem anderen historischen Mißverständnis heraus, daß nämlich die Macht im nationalen Bereich schon ein Wert in sich selbst sein soll. Denn wenn sie Europa ansehen, in seiner ganzen Vielgestaltigkeit und Buntheit, aber doch gleichzeitig in seiner geistigen, kulturellen und geschichtlichen Zusammengehörigkeit – ja wohin kommen wir dann, falls wir sozusagen Noten austeilten nach der Größe und nach der Macht, die ein einzelner Staat verkörpert«. Seine Ausführungen gipfelten schließlich in der Forderung, den Elysée-Vertrag »noch einmal gründlich auf alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte und Konsequenzen« zu überprüfen und auf Absprachen mit den USA hinzuwirken, um »die Verkrustung, in der dieses Europa wieder zu ersticken droht, aufsprengen [zu] können«⁷².

Auch eine scharfe Rüge des Kanzlers konnte Erhard von seinem Weg nicht abbringen. Statt sich der Kabinettsräson zu beugen, ließ er Adenauer am 27. 2. 1963 wissen, daß »das internationale Vertrauen, das ich mir in fünfzehnjähriger Tätigkeit

67 Ludwig Erhard, Rede auf der 14. Spielwarenmesse in Nürnberg, zitiert nach LUKOMSKI (wie Anm. 1) S. 247; s. a. L-E-A, NE 96, DERS., Deutschland–Frankreich, Ansprache bei der Deutsch-Französischen Konferenz in Bonn-Bad Godesberg, 26. 5. 1963, im Auszug abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 809–813.

68 Der Spiegel, Nr. 7 (1963) S. 17.

69 Erhard an Röpke, 23. 2. 1963, zitiert nach: LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 147; zu Erhards Haltung gegenüber den Neutralen s. DERS., Europa – ohne die Neutralen?, in: Österreichische Monatshefte 18 (1962) S. 11–13, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 738–742.

70 S. Karl Günther von HASE, Ludwig Erhard – ein unermüdlicher Kämpfer für die Stärkung Europas, in: Gerhard SCHRÖDER u. a. (Hg.), Ludwig Erhard, Beiträge zu einer politischen Biographie, Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1972, S. 292–302, hier S. 294 f.

71 KOERFER (wie Anm. 9) S. 718; vgl. Der Spiegel, Nr. 7 (1963) S. 16 f.

72 Ludwig ERHARD, Wir wollen nicht auf zwei Schultern tragen, Interview mit Hans Ulrich Kempfski, Süddeutsche Zeitung, 5. 2. 1963, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 787–794.

als Garant einer freiheitlichen, multilateralen europäischen Ordnung im Zusammenwirken mit den USA erworben habe, ein positives Element der deutschen Politik ist«⁷³.

Mit seinem Vorstoß gegen das deutsch-französische Abkommen trug Erhard erheblich dazu bei, daß dem die deutsch-französische Aussöhnung krönenden Elysée-Vertrag nur eine kurze Akmé gewährt war. Zu heftig war die in- und ausländische Kritik über das eigensinnige Verhalten de Gaulles, unüberhörbar die namentlich von den Kleinen der Sechser-Gemeinschaft artikulierten Befürchtungen über Exklusivität und Dominanz der neuen Achse Paris-Bonn⁷⁴. Mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages, in der Präambel des Gesetzes zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vom 15.6. 1963 die multilateralen Verflechtungen der Bundesrepublik und die Partnerschaft mit den USA hervorzuheben, war das Schicksal dieses bilateralen Alleingangs rasch besiegelt⁷⁵.

Ludwig Erhard nahm diese Entwicklung zum Anlaß, sich nun verstärkt um die Pflege der Kontakte zwischen der EWG und Großbritannien zu kümmern⁷⁶ und gleichzeitig mit großem Engagement an der Vorbereitung der Kennedy-Runde zu beteiligen⁷⁷. Damit stellte er eindrucksvoll unter Beweis, daß er auch unter erschwerten Konditionen an einem Europa-Konzept festzuhalten gedachte, das, ausgehend von der deutsch-französischen Versöhnung und auf die atlantische Partnerschaft zusteuernd, die wirtschaftliche Integration der EWG propagierte, wobei dem geeinten Markt die historische Aufgabe und Funktion zufiel, »über diesen ersten Impuls hinaus weiterzugreifen und das zusammenzufassen, was nun einmal zusammengehört, nämlich das ganze freie Europa«⁷⁸. Wie wollte Ludwig Erhard aber das Schwungrad der Europäischen Integration, die soeben einen Tiefpunkt erreicht hatte, wieder in Gang bringen?

73 Erhard an Adenauer, 27.2. 1963, in: Alfred MÜLLER-ARMACK, Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, [Bd. 1]: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 224f., s. a. LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 148, KOERFER (wie Anm. 9) S. 725.

74 S. Henri MÉNUDIER, Deutsch-französische Beziehungen und europäische Integration, in: Robert PICHT (Hg.), Das Bündnis im Bündnis, Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1982, S. 140–168, hier S. 145f., und das Interview mit dem italienischen Budgetminister Ugo La Malfa in: Der Spiegel, Nr. 12 (1963) S. 60–66.

75 S. vor allem Miriam CAMPS, Die Europäische Gemeinschaft, in: Wilhelm CORNIDES, Dietrich MENDE, Wolfgang WAGNER (Hg.), Die internationale Politik 1963, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München, Wien 1963, S. 168–186, u. Gilbert ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 112–118.

76 S. L-E-A, NE 1538, Ludwig Erhard, Rundfunkaufnahme zum Scheitern der EWG-Verhandlungen in Brüssel, Deutsches Fernsehen, Tagesschau, 31. 5. 1963, 20.00 Uhr.

77 S. Heinrich von SIEGLER (Hg.), Archiv der Gegenwart, 33. Jg. (1963), Bonn, Wien, Zürich 1969, S. 10584A–10585; vgl. Der Spiegel, Nr. 23 (1963) S. 18f.

78 Ludwig ERHARD, Das ganze freie Europa, in: Europa, Politik, Wirtschaft, Kultur H. 7 (1963) S. 2f.; s. a. DERS., Europa und Schweden, Rede vor Repräsentanten der schwedischen Wirtschaft in Stockholm, 23.3. 1963, in: Bulletin, Jg. 1963, Nr. 69, S. 609f., 612–615, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 797–808.

II. Die Europapolitik Ludwig Erhards zu Beginn seiner Kanzlerschaft

Als Erhard im Oktober 1963 die Regierungsgeschäfte übernahm, hatte er sich zu vergegenwärtigen, daß die internationalen Beziehungen in den letzten Jahren einem erheblichen Wandel unterworfen waren⁷⁹. Mit der Beendigung des Kalten Krieges hatte sich unterhalb des russisch-amerikanischen Duopols eine neue Staatengesellschaft mit multipolarem Charakter herausgebildet. Parallel zur Relativierung des Ost-West-Konfliktes erlebte das alte Nationalstaatsdenken eine Renaissance, was aus deutscher Sicht die bedrohliche Folge besaß, daß die Bundesrepublik aus dem zentralen Blickfeld der in Fernost engagierten Amerikaner zu entgleiten drohte und die Verteidigung Europas nun nicht mehr unabdingbar zugesichert wurde. Neben sicherheitspolitischen Aspekten tangierte diese Entwicklung auch die Deutschlandpolitik. Da die Bundesrepublik keine nationale Identität besaß, mußte sie bestrebt sein, »sie durch die Wiedervereinigung zu gewinnen und ihr in einem vereinigten Europa neue Gestalt zu verleihen«⁸⁰. Damit kam der zukünftigen Europapolitik und der Pflege der Beziehungen zu den USA und Frankreich ein besonderer Stellenwert zu.

In seiner Regierungserklärung vom 18. 10. 1963, die eine den Zielen »Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger«⁸¹ verpflichtete »Politik der Mitte und der Verständigung«⁸² einleiten und den Auftakt zu einer neuen Ära bilden sollte, ließ Ludwig Erhard klar erkennen, daß er sich dieser Tatsachen sehr wohl bewußt war. Nachdem er de Gaulle im Juli noch einmal persönlich in einem Vier-Augen-Gespräch versichert hatte, daß seine Politik als Bundeskanzler keine deutsch-französische Einheitsfront gegen die USA akzeptieren werde, weil es für die Bundesrepublik »keine Wahlmöglichkeit zwischen Washington und Paris« gebe⁸³, betonte der neu gewählte Regierungschef am 18. 10. 1963 vor dem Deutschen Bundestag, die USA müßten der unersetzliche Partner der deutschen Sicherheitspolitik bleiben, während Frankreich ebenso unentbehrlich für die deutsche Europapolitik sei. Eindeutig und nachdrücklich bekannte er sich zu der Verpflichtung, die europäische Integration fortzuführen und die Einigung der Sechs nicht als das letzte Ziel gelten zu lassen. Die Bundesregierung werde deshalb ihr ganzes Bestreben darauf richten, »durch neue Aktivität in der politischen Formierung Europas Fortschritte zu erreichen«⁸⁴. Diesem Ziel einer »längst überfälligen Neubelebung der Europapoli-

79 Zum folgenden HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 19–28, 83–99.

80 Ibid. S. 99.

81 Ludwig ERHARD, Der geschichtliche Wert der deutsch-französischen Aussöhnung, Rede vor der Presse Diplomatique in Paris, 22. 11. 1963, in: Bulletin, Jg. 1963, Nr. 207, S. 1829f., 1832, hier S. 1830.

82 Ludwig ERHARD, Politik der Mitte und der Verständigung, Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, 18. 10. 1963, in: DERS., Wirken (wie Anm. 6) S. 117–158, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 814–846. Zum folgenden Johannes BAUER, Die deutsch-französischen Beziehungen 1963–1969, Aspekte der Entwicklung nach Abschluß des Vertrages vom 22. Januar 1963, Diss., Bonn 1980, S. 208–212.

83 Ludwig Erhard gegenüber de Gaulle am 4. 7. 1963 auf Schloß Ernich, zitiert nach: Der Spiegel, Nr. 28 (1963) S. 16; vgl. das Interview Erhards mit dem ZDF vom 4. 7. 1963, im Auszug in: SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 77) S. 10679.

84 ERHARD, Politik (wie Anm. 80) S. 131.

tik«⁸⁵ sollte der deutsch-französische Vertrag als Motor nutzbar gemacht werden, wobei Erhard jedoch erneut betonte, daß mit dem Ausbau der Beziehungen zu Frankreich enge Kontakte zu den anderen westeuropäischen Staaten einhergehen müßten, da dem europäischen Kontinent in der weltweiten Auseinandersetzung nur dann der gebührende Rang zu sichern sei, wenn auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet eine Politik bejaht werde, »die sich die Einigung aller freien Völker Europas zum Ziele setzt«⁸⁶.

Insgesamt waren die außenpolitischen Kapitel der Regierungserklärung primär von dem Bestreben um Kontinuität gekennzeichnet, doch ebenso evident waren die Bemühungen um neue, eigene Akzente. Dieses Bemühen war insbesondere in jenen Teilen herauszuhören, die die künftige Europapolitik umschrieben. Der neue Kanzler hatte sich zum Ziel gesetzt, »Europa aus der Lethargie herauszureißen«⁸⁷. Ob dies indes zu verwirklichen sein würde, mußte der Konkretisierung des geäußerten guten Willens zu zeigen vorbehalten bleiben.

Schon nach wenigen Wochen war Erhards Europapolitik einer ersten Bewährungsprobe ausgesetzt. Auf der Basis eines EWG-Ministerrat-Beschlusses vom 14. 1. 1962 und des Aktionsprogramms der EWG-Kommission vom Oktober desselben Jahres hatte der deutsche Außenminister Gerhard Schröder im April 1963 gefordert, die Kommission solle bis Ende 1963 Vorschläge zur Lösung der anstehenden Probleme der Gemeinsamen Agrarordnung vorlegen. Diesem Postulat folgend, drohte de Gaulle auf einer Pressekonferenz vom 29. 7. 1963 mit dem Untergang des Gemeinsamen Marktes, falls das Programm, d.h. der Abschluß bestimmter Marktordnungen sowie Maßnahmen zur Angleichung der Getreidepreise, nicht bis zum 31. 12. 1963 verwirklicht werde. Der Präsident wußte natürlich um die agrarwirtschaftlichen Vorteile der EWG für das vornehmlich landwirtschaftlich strukturierte Frankreich. Indem sich seine Meinung über den Gemeinsamen Markt zu dem Ausruf verdichtete: »On a une chance, c'est le Marché Commun«, stellte sich für ihn die fundamentale Notwendigkeit, auf eine Öffnung des europäischen Agrarmarktes und damit auf eine Angleichung des deutschen an den niedrigeren französischen Getreidepreis hinzuwirken, um Absatzmöglichkeiten für eigene Agrarüberschüsse zu schaffen⁸⁸.

Auf de Gaulles Junktim antwortete die Kommission am 5. 11. 1963 mit zwei Plänen zur Bewältigung der Streitfragen⁸⁹. Vor diesem Hintergrund gelang es Erhard während seines ersten, bewußt⁹⁰ in Paris stattfindenden Staatsbesuches Ende

85 Handelsblatt, 22. 10. 1963.

86 ERHARD, Politik (wie Anm. 80) S. 132.

87 L-E-A, NE334, Ludwig Erhard, Handelt für Europa, Rede auf der Abschlußkundgebung der Europa-Union Deutschlands anlässlich ihres 14. Kongresses, Unkorrigiertes Manuskript, 13. 4. 1964. Zur Regierungserklärung s. CARO (wie Anm. 1) S. 265, von HASE (wie Anm. 68) S. 295.

88 Zitiert nach LATTE (wie Anm. 24) S. 131; zur Agrarpolitik de Gaulles s. Hélène DELORME, La France et le marché commun agricole, in: RIDEAU u. a. (Hg.) (wie Anm. 58) S. 609-634.

89 Zu den Landwirtschaftsproblemen s. CAMPS (wie Anm. 73) bes. S. 178-186, die Pressekonferenz de Gaulles in: DERS., L'Effort (wie Anm. 60) S. 112-130, im Deutschen auszugsweise in: EA 18,1 (1963) D 408-D 416; zu den »Mansholt-Plänen« ibid. S. 10893, s. a. Der Spiegel, Nr. 33 (1963) S. 18 u. Nr. 47 (1963) S. 37-41.

90 S. Ludwig ERHARD, Pressekonferenz vom 3. 12. 1963, im Auszug in: Bulletin, Jg. 1963, Nr. 213, S. 1889f., Stuttgarter Nachrichten, 19. 11. 1963, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 11. 1963.

November 1963, mit dem Präsidenten eine Einigung über die Probleme des Agrarkomplexes zu erzielen⁹¹. Obwohl sein Einlenken eine Einkommenseinbuße für die deutschen Landwirte heraufbeschwor, stellte der Kanzler innenpolitische Erwägungen zurück und legte so den Grundstein für die vom EWG-Ministerrat am 23. 12. 1963 erzielte prinzipielle Übereinstimmung über die gemeinsamen Marktregelungen, die de Gaulle ungeachtet der nicht beschlossenen Getreidepreisangleichung immerhin als Teilerfolg verbuchen konnte⁹².

Implizit gab der deutsche Regierungschef damit in eindrucksvoller Weise jene Methode zu erkennen, mit der er zukünftige Hindernisse auf dem Weg zur Politischen Union Europas wegzuräumen gedachte: Im Rahmen einer Politik des »do-ut-des« wollte er durch einseitige »beaux gestes« in der seinen Widersacher de Gaulle vital interessierenden Agrarfrage im Gegenzug dessen Einlenken und Unterstützung für sein Projekt der politischen Integration Europas »erkaufen«. War der Präsident der französischen Republik aber wirklich bereit und willens, auf den Europakurs des deutschen Bundeskanzlers einzuschwenken? Oder erlag Erhard in seinem Bemühen um »einen möglichst großen Wurf vom Ganzen«⁹³ nicht einer Chimäre, d.h. der mangelnden Fähigkeit, die europäische Akzeptanz gegenüber seinem Europakonzept und damit dessen Durchsetzbarkeit auf der Basis eines gesicherten Befundes realistisch einzuschätzen?

Scheinbar losgelöst von solchen Überlegungen hielt der Kanzler selbstsicher an seiner Marschroute fest und brachte in einem außenpolitischen Rechenschaftsbericht am 9. 1. 1964 erneut seine Überzeugung zum Ausdruck, daß es nicht genüge, in Europa eine wirtschaftliche Integration für sich allein fortzuführen. Der Automatismus der Römischen Verträge reiche nicht aus, Europa so entstehen zu lassen, »daß am Ende der Übergangszeit das politische Europa wie eine reife Frucht vom Baum fällt«. Darüber hinaus – so fuhr er fort – stelle sich in zunehmendem Maße die Frage nach der letzten Verantwortung der Politik, wenn die nationalen Regierungen immer mehr Rechte abgäben, ohne letztlich zu wissen, wem sie die Kompetenzen übertrügen. Die Kommission könne diese Verantwortung im staatsrechtlichen, politischen und demokratisch-parlamentarischen Sinne nicht übernehmen; dem Ministerrat falle es zunehmend schwerer, seine Funktion als Nahtstelle zwischen Kommission und nationalen Regierungen zu erfüllen. Daher sei es dringend erforderlich, eine neue Initiative politischer Provenienz zur Gestaltung Europas zu unternehmen⁹⁴. Sie müsse sich auf eine »Gemeinschaft von Völkern [ausrichten], die gemeinsam für die abendländische Kultur zeugen und denen es aufgegeben ist, in letzter Konsequenz

91 S. das Kommuniqué über den Besuch in: Bulletin, Jg. 1963, Nr. 207, S. 1833f.; zum Besuch vom 21./22. 11. 1963 allgemein BONDY, ABELEIN (wie Anm. 47) S. 221–223; zur Getreidepreisfrage Hans-Broder KROHN, Hans-Helmut WÄCHTER, Der gemeinsame Getreidepreis in der EWG, in: EA 19,1 (1964) S. 19–26, Ulrich WEINSTOCK, Probleme und Perspektiven der gemeinsamen Agrarpolitik der EWG, in: EA 18,1 (1963) S. 721–728, BUTTKUS (wie Anm. 22) S. 175–184.

92 S. Der Spiegel, Nr. 47 (1963) S. 42–60, Nr. 1/2 (1964) S. 16f. u. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 77) S. 10973G–10975.

93 Ludwig Erhard in seinem Interview mit Hans Ulrich Kempfski, Süddeutsche Zeitung, 5. 2. 1963 (wie Anm. 70).

94 Ludwig Erhard, Rechenschaftsbericht vom 9. 1. 1964 vor dem Deutschen Bundestag, Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 7/64; vgl. Die Welt, 11. 1. 1964.

die Vorstellungen von den »Vereinigten Staaten von Europa« mit politischem und geistigem Leben auszufüllen«⁹⁵.

Absichtlich vermied es der Kanzler, auf institutionelle Einzelheiten einzugehen. Denn sie sollten einer multilateralen Diskussion auf einer von ihm anvisierten Gipfelkonferenz der Sechs in Rom vorbehalten bleiben⁹⁶. Um nun die Realisierbarkeit seines Planes zu erkunden, begann Erhard Ende Januar 1964 mit Sondierungen in den Hauptstädten der Sechsergemeinschaft und in London. Schon bald mußte er sich jedoch eingestehen, daß das Gehörte »nicht gerade ermutigend« war. Die Haltungen der verschiedenen Kabinette hatten sich seit dem Scheitern der Fouchet-Pläne nicht geändert⁹⁷. Wenn Erhard etwa an der Themse betonte, daß Europa nur dann eine Rolle in der Weltpolitik spielen könne, falls es – wie er in Abwandlung eines von Franz Oppenheimer kreierten Begriffs formulierte – »als ganzes ..., als ein Europa der Freien und Gleichen«⁹⁸ betrachtet werde, d. h. als eine Gesamtheit freier und ungeachtet ihrer Größe und Macht gleichberechtigter Staaten⁹⁹, zu denen natürlich auch England gehöre, dann äußerte die britische Regierung ihm gegenüber zwar den Wunsch nach Partizipation an den Beratungen über die politischen Unionspläne, gab jedoch gleichzeitig zu verstehen, daß grundlegende Entscheidungen erst nach den bevorstehenden Unterhauswahlen getroffen werden könnten¹⁰⁰. Da nun die Regierungen im Palazzo Chigi und im Haag die britische Beteiligung als *conditio sine qua non* jeglicher Verhandlungen zur politischen Union auffaßten¹⁰¹, war der Weg zu baldigen Gesprächen blockiert. Zwar vertrat Erhard die Auffassung, es gebe kein Junktim zwischen dem Beginn der Besprechungen über einen neuen politischen Impuls und der Möglichkeit einer britischen Diskussionsbeteiligung – eine Informierung der englischen Regierung über den Gang der Verhandlungen durch die WEU reiche aus¹⁰² –,

95 Ludwig ERHARD, Der geschichtliche Wert der deutsch-französischen Aussöhnung, Ansprache vor der »Presse Diplomatique« in Paris, 22. 11. 1963, in: Bulletin, Jg. 1963, Nr. 207, S. 1830.

96 S. Die Zeit, 17. 1. 1964.

97 L-E-A, NE 334, Ludwig Erhard, Handelt für Europa, 13. 4. 1964; s. a. MÜLLER-ROSCHACH (wie Anm. 10) S. 146.

98 Ludwig ERHARD, Tischrede bei einem Mittagessen im Mansion House, London 15. 1. 1964, im Auszug in: SIEGLER (Hg.), Archiv der Gegenwart, 34. Jg. (1964) S. 11 009. Nach eigenen Angaben hat Erhard diesen zentralen Terminus seiner Europapolitik erstmals in einer Rede vor der Universität Oslo am 23. 5. 1958 verkündet; s. L-E-A, NE 385, Ludwig Erhard, Ansprache vor der Europabewegung in Oslo, 30. 8. 1966, Unkorrigiertes Manuskript, S. 3; zur Geistesverwandtschaft mit Oppenheimer s. DERS., Ansprache auf der Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Franz Oppenheimer in der Freien Universität Berlin, am 30. April 1964 in: DERS., Wirken (wie Anm. 6) S. 365–373, unter dem Titel »Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund«, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 858–864.

99 S. Ludwig ERHARD, Europäische Zwischenbilanz, Rede vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Österreichischen Industriellen-Vereinigung in Wien, 8. 2. 1961, in: DERS., Wirtschaftspolitik (wie Anm. 7) S. 543–558, hier S. 554 f., u. L-E-A, NE 334, Ludwig Erhard, Handelt für Europa, 13. 4. 1964.

100 S. Der Spiegel, Nr. 4 (1964) S. 17–19; vgl. das Kommuniqué über den Staatsbesuch Erhards in London am 15./16. 1. 1964 in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 11, S. 93 f.

101 S. die Kommuniqués der Staatsbesuche Erhards in Rom und in Den Haag vom 27./28. 1. 1964 bzw. 2./3. 3. 1964 in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 19, S. 161 f. u. Nr. 41, S. 357 f. sowie die Äußerungen des italienischen Außenministers Saragat im Münchner Merkur, 22. 1. 1964.

102 S. L-E-A, NE 1554, Ludwig Erhard, Teegespräch mit ca. 15 britischen Journalisten am 14. 1. 1964, Unkorrigiertes Manuskript, Vertraulich, S. 3; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 1. 1964.

doch mußte sich der Kanzler bald eingestehen, daß seine Initiative »zu früh« gekommen war¹⁰³.

Wenn er auch betonte, es gelte, weiterhin am Konzept eines »Europa der Freien und der Gleichen« festzuhalten, und sich zugleich in die Beschwörungsformel flüchtete, »das Thema muß jeden Tag angesprochen werden, um deutlich zu machen, ... wohin unsere Sehnsucht geht«¹⁰⁴, so konnte er gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich in einem *circulus vitiosus* befand, denn: Ein europäischer Bundesstaat, wie er ihn propagierte, hatte keine Chance, solange das Problem des britischen Beitritts nicht gelöst war und Frankreich jeglichen Souveränitätsverzicht ablehnte. Ein Staatenbund konnte nicht zustande kommen, weil de Gaulle an ihm nur teilzunehmen bereit war, wenn England ausgeschlossen und Frankreichs Vormachtstellung gesichert blieb. Dies wiederum lehnten die Benelux-Staaten ebenso ab wie Bonn oder Rom.

Ungeachtet dieser schwierigen Lage ließ sich Erhard nicht entmutigen. Obwohl de Gaulle auf einer Pressekonferenz am 31. 1. 1964 abermals betont hatte, er halte die Forderung nach Supranationalität und die Verschmelzung eines Großbritanniens umfassenden europäischen Zusammenschlusses mit der Atlantischen Gemeinschaft für inakzeptabel, weil »aucun des peuples de l'Europe n'admettrait de confier son destin à un aréopage principalement composé d'étrangers«¹⁰⁵, verfocht Erhard weiterhin die These von der Notwendigkeit, eine Vereinigung zwischen der EWG und der EFTA zu ermöglichen und über die wirtschaftliche Integration hinaus auch eine politische Einheit Europas aufzubauen¹⁰⁶. Parallel dazu unternahm er – nachdem seine angekündigte Europainitiative letztlich an der Haltung Italiens gescheitert war¹⁰⁷ – einen nie an die Öffentlichkeit getragenen zweiten Anlauf, um nun auf der Ebene von Brüssel zu einer Konferenz der Regierungschefs zu gelangen. Doch auch dieser Plan reüssierte nicht¹⁰⁸. Dennoch hielt der Kanzler an seiner Idee fest, Europa ein politisch klareres Profil zu verleihen. Steuerte er aber damit nicht auf eine unausweichliche Konfrontation mit seinem westlichen Nachbarn zu, da dieses Konzept den Vorstellungen de Gaulles diametral gegenüberstand?

Wenn sich die deutsch-französischen Beziehungen in den ersten Monaten des Jahres 1964 auch entspannten, der persönliche Kontakt zwischen den Regierungschefs enger wurde und das sie einigende Band der Aversionen gegen die Technokraten in Brüssel Ansätze einer gemeinsamen Politik erkennen ließ¹⁰⁹, so konnten diese atmosphärischen Verbesserungen, wie sie namentlich der deutsch-französische Gip-

103 Handelsblatt, 31. 1. 1964, s. a. Neue Zürcher Zeitung, 28. 2. 1964.

104 L-E-A, NE 1552, Rundfunkaufnahme eines Interviews zu aktuellen Fragen der europäischen Einigung mit Dieter Schwarzkopf, Deutschlandfunk, Das Deutschlandecho, 28. 1. 1964, 19.00 Uhr, S. 2.

105 Charles DE GAULLE, Pressekonferenz vom 31. 1. 1964, in: DERS., *L'Effort* (wie Anm. 60) S. 162–182, hier S. 177; im Deutschen in: SIEGLER (Hg.), *Archiv* (wie Anm. 98) S. 11039B–11041, hier S. 11040.

106 S. L-E-A, NE 327, Entwurf einer Tischrede Ludwig Erhards für das Abendessen zu Ehren von Ministerpräsident Erlander in Bonn, 10. 3. 1964, u. L-E-A, NE 334, Ludwig Erhard, Rede auf der Abschlußkundgebung der Europa-Union Deutschland anlässlich ihres 14. Kongresses in Frankfurt/M., 13. 4. 1964, Unkorrigiertes Manuskript, S. 5.

107 S. Rheinischer Merkur, 13. 3. 1964.

108 S. L-E-A, NE 1554, Ludwig Erhard, Ansprache vor dem in Bonn tagenden Monnet-Ausschuß (Vereinigte Staaten von Europa), 1. 6. 1964, 18.00 Uhr, S. 2f.; s. a. Die Zeit, 20. 3. 1964.

109 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 233, BONDY, ABELEIN (wie Anm. 47) S. 224.

fel vom 14./15.2. 1964 unter Beweis stellte, doch nicht über den nach wie vor vorhandenen Mangel an Affinität in der beiderseitigen Europapolitik hinwegtäuschen¹¹⁰. Zwar wertete es Erhard als Erfolg seiner Politik, Europa wieder ins Gespräch gebracht zu haben¹¹¹, doch war er sich der unbefriedigenden Resultate des bisherigen Diskurses sehr wohl bewußt. Wie ein vertrauliches Journalistengespräch vom 20.2. 1963 offenbart, gab er sich auch für die nahe Zukunft keinen Illusionen hin. Die von den Römischen Verträgen projektierte politische Föderation, so gab er unumwunden zu, sei nicht realisierbar, »solange de Gaulle lebt«. Dennoch wollte er die Europäer bewegen, ihre Politik zumindest zu koordinieren, weil ein gemeinsamer politischer Wille Voraussetzung sei für die geplante Entwicklung der EWG über eine bloße Zollunion hinaus in Richtung auf eine europäisch-amerikanische Partnerschaft¹¹².

Die Ereignisse der kommenden Wochen und Monaten mußten es indes als fraglich erscheinen lassen, ob selbst dieses Ziel realisierbar sein würde, denn innen- wie außenpolitisch geriet der Kanzler nun unter erheblichen Druck. Dazu trug in bedeutendem Maße das nächste bilaterale Treffen zwischen Erhard und de Gaulle am 3./4.7. 1964 in Bonn bei, auf dem der fortbestehende Dissens in der deutsch-französischen Europapolitik in seiner ganzen Schärfe erneut offen zu Tage trat. Schon im Vorfeld des Gipfeltreffens kam es auf der deutschen Seite zu einer schweren Belastungsprobe, als Altbundeskanzler Adenauer seinen Nachfolger in einer unmittelbar vor der Ankunft de Gaulles am 3.7. 1964 veröffentlichten Rede vor dem Industrie-Club in Düsseldorf dazu drängte, endlich die Initiative zu ergreifen, um in einem wirklichen Schritt einen deutsch-französischen Arbeitsausschuß zu bilden, der sich ausschließlich auf das Thema der politischen Einigung Europas zu konzentrieren habe. Diesen Mahnungen mußte Erhard um so größere Beachtung schenken, als sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den Forderungen einer deutsch-französischen Abgeordnetengruppe standen, die nach einer konspirativen Sitzung im Mai der Bundesregierung empfohlen hatte, zur Verwirklichung der alten gaullistischen Vorstellung einer europäischen Konföderation beizutragen¹¹³.

Dieser Dissens verschärfte sich noch dadurch, daß Adenauer gegenüber de Gaulle am ersten Tag der Bonn-Visite erklärte, Frankreich habe »eine historische Aufgabe an der Spitze Europas zu erfüllen«, um Westeuropa gegenüber der Sowjetunion zu immunisieren. Wenn aus der auch an England, Spanien, Portugal und Skandinavien zu richtenden Initiative nur Frankreich und Deutschland hervorgingen, sei ihm das auch recht. Ja, Adenauer befürworte sogar eine von den USA unabhängige Europapolitik im Sinne de Gaulles¹¹⁴. Im Anschluß an diese Unterredung, die die Stimmung weiter reizte, weil de Gaulle Erhard zur Schadenfreude Adenauers zwanzig Minuten warten ließ¹¹⁵, warf der General der Bundesregierung *intra muros* einen proamerikanischen Kurs vor, beklagte sich über die deutsche Initiative zur politischen Union

110 S. JOUVE (wie Anm. 24) Bd. 1, S. 469, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2. 1964, Süddeutsche Zeitung, 19.2. 1964, Der Spiegel, Nr. 8 (1964) S. 17.

111 S. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2. 1964.

112 Zitiert nach: LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 171.

113 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 237–243, ADENAUER, Erinnerungen (wie Anm. 47) S. 242.

114 Zitiert nach: LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 172f.

115 S. WILLIS (wie Anm. 46) S. 330, Der Spiegel, Nr. 28 (1964) S. 21.

sowie ganz allgemein über den Stand der bilateralen Beziehungen und forderte sie zur Mitwirkung an einem vollständigen deutsch-französischen Zusammenschluß als Kern einer späteren Föderation auf. Obwohl Erhard bei früheren Staatsbesuchen sowohl in Paris als auch in Washington stets sehr viel Wert auf die Feststellung gelegt hatte, daß er nie vor die Alternative einer Freundschaft mit Frankreich oder mit den USA gestellt worden sei¹¹⁶, wurde nun aus einer Pariser Quelle bekannt, daß de Gaulle ihm gar die Optionsfrage gestellt hatte: »Die Zeit des Zögerns und des Ablenkungsmanövers ist vorbei¹¹⁷.« Erhard lehnte die Zweier-Union jedoch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Beteiligung aller EWG-Staaten entschieden ab. Wie aus seinem Bericht vor der CDU-CSU-Fraktion Ende Juli 1964 hervorgeht, machte er ihm klar, »daß wir zwar nicht amerikahörig sind ..., aber auch nicht eine Politik treiben können, die keinerlei Rücksicht mehr auf die Vereinigten Staaten nimmt«. Die Bundesrepublik könne sich der französischen Forderung nach Auflösung der NATO nicht beugen, da sie sie für unverzichtbar halte¹¹⁸. Als der Präsident dann auf die Force de frappe als atomares Schutzschild hinwies, bohrte Erhard nach, um zu erfahren, ob Paris auch Bonn ein Verfügungsrecht zugestehen werde. Doch de Gaulle machte klar, daß die französische Atomstreitkraft selbst in einem »Europe européenne« ausschließlich französischen Kommandostellen unterstellt sein würde: »Que sera la force nucléaire européenne? Sera-ce la force française dont disposera l'Europe ou une force atomique européenne propre?« Réponse du Général: »Un jour viendra peut-être où l'Europe aura un gouvernement commun et une force atomique propre. Mais auparavant ce sont les forces atomiques nationales qui devront être mises à la disposition de la défense européenne.«¹¹⁹ Am Ende brisanter Gespräche gelangten die dramatis personae lediglich zu dem Kompromiß, daß die Bundesrepublik Frankreich neue, auch für die übrigen EWG-Mitgliedsländer akzeptable Vorschläge zur »Herbeiführung eines einigen Europas und einer gemeinsamen europäischen Politik auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet« unterbreiten werde¹²⁰.

Ungeachtet des Fiaskos der Visite charakterisierte Erhard die Unterredungen mit den ihm eigenen wolkigen Worten als ein »redliches Bemühen um glückliche Lösungen«¹²¹, während de Gaulle in seinem Schlußwort meinte feststellen zu können, Frankreich arbeite mit keinem anderen Land »so vorbehaltlos, so organisiert und so intensiv« zusammen wie mit der Bundesrepublik¹²². Doch die zur Schau gestellte Eintracht und vorgetäuschte Harmonie waren bereits nach wenigen Tagen

116 S. die Erklärung Erhards nach seiner Rückkehr aus Washington am 30. 12. 1963, in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 1, S. 6.

117 Zitiert nach Der Spiegel, Nr. 29 (1964) S. 23. Zum Gipfeltreffen und de Gaulles Motiven s. CARO (wie Anm. 1) S. 309, Wolfgang WAGNER, De Gaulle drängt zur Entscheidung, Bonn und die französische Aufforderung zu einer gemeinsamen »europäischen« Politik, in: EA 19,1 (1964) S. 621–630, von der GROEBEN (wie Anm. 50) S. 229f., ZIEBURA (wie Anm. 73) S. 121f.

118 Zitiert nach: LAITENBERGER (wie Anm. 1) S. 174f.

119 S. HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 102, Pierre MAILLARD, De Gaulle et l'Allemagne, Le rêve inachevé, Paris 1990, S. 231, Carlo SCHMID, Erinnerungen, Bern, München, Wien 1979, S. 764–777.

120 Karl Günther von HASE, Erklärung vor der Presse am 4. 7. 1964, in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 106, S. 1001.

121 Zitiert nach Der Spiegel, Nr. 28 (1964) S. 17.

122 Zitiert nach Sonntagsblatt, 12. 7. 1964.

verfliegen, ersetzt durch einen nunmehr verschärften innenpolitischen Streit über die grundsätzliche Ausrichtung der Bonner Außenpolitik. Abermals war es Altbundeskanzler Adenauer, der ein neues Signal in diesem Kampf zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« setzte. Nachdem Erhard am 8./9. 7. 1964 die Gelegenheit eines Besuches in Dänemark dazu genutzt hatte, um erneut darauf hinzuweisen, »daß ein glückliches Europa erst dann als vollendet gelten kann, wenn auch die kleineren Länder ihren vollen Anteil haben, wenn die Spaltung in Europa beendet sein wird und wenn wirklich ein Europa der Gleichen und der Freien verwirklicht sein wird«¹²³, kündigte Adenauer in einem Interview mit »France Soir« am 9. 7. 1964 an, er werde fortan seine Zurückhaltung in politischen Angelegenheiten aufgeben und stärker sein Gewicht als Parteivorsitzender in die Diskussion über die Europapolitik einbringen¹²⁴.

Während der »Alte« damit eher indirekt seine bittere Enttäuschung über den Mißerfolg des Gipfeltreffens zum Ausdruck brachte, versuchte der Vorsitzende der bayerischen CSU, Franz-Josef Strauß, in Absprache mit ihm, den Regierungskurs offen zu torpedieren. Auf dem Landesparteitag vom 10.–12. 7. 1964 führte er unverhohlen Klage über die europäische Stagnation und betonte die Notwendigkeit der Bildung einer deutsch-französischen Vor-Union für den Fall, daß eine europaweite Föderation (noch) nicht zu realisieren sei. »Deutschland und Frankreich sind Schicksalshäuser Europas. ... Ihr Zusammengehen bedeutet Europas Renaissance. Ihr Warten auf Distanz verlorene Zeit, ein eventuelles Auseinandergehen einen neuen Abstieg Europas¹²⁵.« Mit diesem Entwurf einer »Europäisierung der Deutschen Frage« lehnte sich Strauß zwar an ähnliche Überlegungen von de Gaulle an, setzte sich jedoch zugleich entschieden von ihnen ab. Wenngleich der »Gaullist« Strauß wie Adenauer davon überzeugt war, daß eine Lösung der Deutschen Frage nur unter europäischer Kontrolle möglich sei, um schließlich ein von den USA unabhängiges Europa als Dritte Kraft zu schaffen, so wollte er doch keineswegs die nationale Restauration Deutschlands. Seine Vorstellungen, die darüber hinaus und im Gegensatz zu den Erwägungen von de Gaulle eindeutig antisowjetisch geprägt waren, zielten vielmehr »auf ein von Amerika nicht mehr allein abhängiges, aber mit den USA gleichberechtigt verbundenes Europa unter Einschluß der zum alten Kontinent gehörenden Staaten des sowjetischen Satellitenreiches«¹²⁶. Demgegenüber faßte der »Gaullist« Adenauer nicht die Wiedervereinigung, sondern das deutsche Sicherheitsdilemma als Gebot der Stunde auf, kam jedoch wie Strauß zu dem Ergebnis, in enger Anlehnung an Frankreich zu agieren, weil die amerikanische Verstrickung in Vietnam dessen Schutzschirm als porös anmuten ließ.

123 L-E-A, NE 1545, Ludwig Erhard zu seiner bevorstehenden Dänemark-Reise, Deutsches Fernsehen, Tagesschau, 6. 7. 1964, 20.00 Uhr, s.a. Ders., Unser Auftrag: ein Europa der Freien und Gleichen, Tischrede beim Bankett der dänischen Regierung, 8. 7. 1964, in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 110, S. 1043.

124 France Soir, 9. 7. 1964. Zur innenpolitischen Auseinandersetzung s. BESSON (wie Anm. 50) S. 322–328, HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 99–110.

125 Franz-Josef Strauß, Rede auf dem CSU-Landesparteitag vom 10.–12. 7. 1964 in München, im Auszug in: SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 98) S. 11334; vgl. zu seiner Europakonzeption Franz-Josef STRAUSS, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, bes. S. 7–30, 117–134, DERS., Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 418–422 u. 424–434, Rudolf AUGSTEIN, Sternstunden nach Maß und Bedarf, in: Der Spiegel, Nr. 31 (1964) S. 12 f., DERS., Kommt der Strauß-Krieg zu teuer?, in: Der Spiegel, Nr. 44 (1964) S. 26, WAGNER (wie Anm. 115) S. 626.

126 HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 97, s.a. ibid. S. 175.

Erhard dachte demgegenüber europäisch-atlantisch. Den ihm von seinen innenpolitischen Widersachern hingeworfenen Fehdehandschuh nahm er umgehend auf. Hatte ihn schon die Veröffentlichung des Adenauer-Interviews noch während seines Dänemark-Aufenthaltes dazu bewegt, vor »Scheinlösungen, durch die Ordnung von Teilbereichen« zu warnen¹²⁷, pochte er als Antwort auf eine vertrauliche Äußerung von Strauß vom 8.7. 1964, derzufolge die Richtliniengewalt des Kanzlers »nichts Absolutes und Unumschränktes« sei, sondern »der Zustimmung der an der Koalition beteiligten Partner« bedürfe¹²⁸, in seinem Grußwort an die CSU-Landesversammlung auf seine verfassungsmäßigen Rechte und verwies auf die Möglichkeit, sich eines mißliebigen Kanzlers durch das Konstruktive Mißtrauensvotum gemäß Art. 65 des Grundgesetzes zu entledigen. In der Sache lehnte er mit Rücksicht auf die EWG-Partner jeglichen Versuch ab, ein deutsch-französisches Exklusivbündnis zu errichten, und beharrte auf seinen bekannten europapolitischen Axiomen. »Europa hat geschichtlich gesehen nur dann eine Chance, und die Freiheit ist in der Welt auf die Dauer nur dann gewährleistet, wenn die Vereinigten Staaten in der Vereinigung der freien Völker Europas einen ebenbürtigen Partner finden, der dem freien Teil unseres Kontinents jene politische und wirtschaftliche Macht verleiht, die unerlässlich ist, um gegen jede Bedrohung unseres Lebens und unserer gemeinsamen Existenz gefeit zu sein. ... Wir wollen ... ein »Europa der Freien und der Gleichen«, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten, wir wollen ein Europa, in dem die Völker in Bewahrung ihres Erbes zu neuer kultureller Entfaltung kommen, ein Europa, das seine wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zusammenfügt, um seiner politischen und humanitären Aufgabe gleichermaßen gerecht werden zu können¹²⁹.«

Mit seinen eindrucksvollen Ausführungen gelang es dem Kanzler, seine Kritiker vorerst zum Schweigen zu bringen; am 15.7. 1964 wurde seine Politik durch einen Kabinettsbeschluß eindrucksvoll bestätigt¹³⁰. Doch abermals war es die beißende Kritik de Gaulles, die ihm die Freude über diesen Erfolg vergällte. In einer seiner fast wie Regierungserklärungen anmutenden, ebenso virtuosen wie gefürchteten Pressekonferenzen entwickelte der französische Präsident am 23.7. 1964 coram publico vor dem Hintergrund einer veränderten globalpolitischen Situation die Idee einer »Europe européenne ... qu'elle existe par elle-même et pour elle-même, autrement dit qu'au milieu du monde elle ait sa propre politique«. Ein derartiges Konstrukt dulde keine »American leadership«¹³¹.

127 L-E-A, NE 1545, Ludwig Erhard, Rundfunkaufnahme zur bevorstehenden Dänemarkreise, Deutsches Fernsehen, Tagesschau, 6.7. 1964, 20.00 Uhr.

128 Zitiert nach Der Spiegel, Nr. 29 (1964) S. 19.

129 S. Ludwig ERHARD, Wo steht Europa, Rede auf der Schlußkundgebung der CSU-Landesversammlung in der Kongreßhalle des Deutschen Museums in München, 12.7. 1964, in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 112, S. 1061–1067, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 875–893.

130 Zur Kabinettsitzung vom 10.7. 1964 Die Welt, 11.7. 1964, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.7. 1964.

131 Charles DE GAULLE, Pressekonferenz vom 23.7. 1964, in: DERS., L'Effort (wie Anm. 60) S. 222–237, hier S. 228; vgl. die Erwiderung durch Regierungssprecher von HASE in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 118, S. 1125.

III. Die deutsche Europainitiative vom November 1964

Ludwig Erhard verstand dieses Avis einer neuen Eiszeit in den bilateralen Beziehungen offenbar nicht. Denn er verfiel abermals seinem Glauben an den Erfolg einer Doppelstrategie, deren Kernpunkt die Verknüpfung einer eigenen politischen Initiative mit agrarpolitischen Konzessionen bildete. Zu einer Zeit, als die Probleme des Gemeinsamen Marktes und insbesondere die Getreidepreisfrage erneut akut wurden¹³², veranlaßte er die Ausarbeitung einer neuen Initiative zur Politische Union im Auswärtigen Amt¹³³.

Doch sah sich Erhard erneut rasch in die Defensive gedrängt. In der Absicht, das seit Monaten schwebende Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht durch Vereitelung einer deutschen Beteiligung zu Fall zu bringen, suchte de Gaulle nach neuen Wegen, um die Bundesrepublik an seine Seite zu zwingen. Am 21. 10. 1964 ließ er dazu durch seinen Informationsminister Peyrefitte erklären, Frankreich werde die EWG verlassen, wenn der Agrarmarkt nicht bis zum 15. 12. 1964 in der vereinbarten Form organisiert sei¹³⁴.

Wie wollte der Kanzler nun, da sich seine gemeinsam mit dem Präsidenten ein Jahr zuvor abgegebene Erklärung als allenfalls dilatorisch erwiesen hatte, entscheiden? Konnte er es sich angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen erlauben, der Landwirtschaft größere Einkommenseinbußen zuzumuten, in der Hoffnung, daß sich de Gaulle anlässlich dieses Zeichens seines guten Willens in der Frage der politischen Integration erkenntlich zeige?

Einen Ausweg aus dem Dilemma, das bewies der gescheiterte Versuch, dem französischen Druck auszuweichen und die zugespitzte Lage herunterzuspielen, gab es nicht¹³⁵. Erhard entschied sich in dieser angespannten Situation gegen ökonomische und innenpolitische Sachzwänge, lenkte in der Agrarfrage ein und übermittelte den fünf EWG-Mitgliedern am 4. 11. 1964 eine neue Europa-Initiative¹³⁶. Auf dem Fundament der Fouchet-Pläne empfahl Bonn einen Zwei-Stufen-Plan, als dessen Endpunkt ein die deutsch-französischen Beziehungen nutzendes, in die Atlantische Gemeinschaft eingebettetes, föderatives, politisch und wirtschaftlich geeintes, demokratisches Europa projektiert war. Trotz des Festhaltens an dieser wenig Neues bietenden Generalforderung war der kompromißhafte Charakter des Programms unverkennbar. Bonn erklärte sich dazu bereit, unter Aufgabe bestimmter Positionen der Fouchet-Pläne eine Versuchsphase außenpolitischer Zusammenarbeit zu vereinbaren, sofern später ein Vertrag zu einer wirklichen Union möglich sein würde. Die

132 S. VON DER GROEBEN (wie Anm. 50) S. 235, SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 98) S. 11252D, 11232B–11333.

133 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 279f.

134 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 98) S. 11497B u. 11506A, ZIEBURA (wie Anm. 73) S. 122f. u. JOHN NEWHOUSE, Die Krise der EWG, in: KARL CARSTENS u. a. (Hg.), Die internationale Politik 1964–1965, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München, Wien 1972, S. 249–276; zur MLF HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 107–111.

135 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 284, VON DER GROEBEN (wie Anm. 50) S. 235, Anm. 68.

136 Auszugsweiser Abdruck der Vorschläge für die Fortführung der europäischen Einigung in: WALTER LIPGENS (Hg.), 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, Dokumente 1939–1984, Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986, Nr. 101.

Erfüllung des französischen Wunsches nach geduldigem, schrittweisem Vorgehen wie die Ablehnung einer auf supranationale Gebilde gestützten politischen Integration waren eindeutig darauf ausgelegt, eine sofortige Zurückweisung aus Paris zu vermeiden. Damit stellte sich allerdings die Frage, ob die »Reduzierung aller Vorstöße zur politischen Einigung auf ein Maß, das niemandem wehe tut und keinerlei zwingende Verbindlichkeit sichtbar macht«, der Initiative nicht von vornherein alle Kraft raubte¹³⁷. Die ersten Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten waren denn auch keineswegs ermutigend: »Skepsis in den Niederlanden«, »Supranationale Position Belgiens«, »Abwarten in Luxemburg«, so faßte die Neue Zürcher Zeitung ihre Sondierungen zusammen¹³⁸.

Parallel zu der kontroversen europäischen Diskussion über die Europa-Vorschläge Bonns lebte nun auch die innerdeutsche Kritik am Führungsstil Erhards erneut auf. Abermals war es Adenauer, der seinen ungeliebten Nachfolger mit beißender Kritik konfrontierte und ihm am 1. 11. 1964 vorwarf: »Wie der Herr de Gaulle hier in Bonn behandelt wurde, ist einfach ein Skandal¹³⁹.« Erhard parierte diese Attacke zwar, indem er wenige Tage danach noch einmal feststellte: »Die Richtlinien der Politik werden durch den Bundeskanzler bestimmt, ... man kann nicht mit verschiedenen Zungen sprechen«¹⁴⁰, doch konnte er damit die Angriffe gegen seine Politik nicht zum Stillstand bringen. Insbesondere in der Frage der Getreidepreisangleichung sah sich Erhard massiven Pressionen ausgesetzt¹⁴¹. Durch diese Drohungen vor den Zwang zur Entscheidung gestellt, lenkte der Kanzler schließlich nach einer internen Absprache mit Bauernpräsident Rehwinkel über Ausgleichszahlungen für Einkommenseinbußen der deutschen Landwirte ein, weil er sich davon überzeugt hatte, daß seine Zustimmung zu den Brüsseler Beschlüssen unumgänglich war, wollte er nicht einen schweren Rückschlag für die Integration hinnehmen¹⁴². Darüber hinaus konnten nun die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die am 4. 5. 1964 eröffnete Kennedy-Runde einbezogen werden, wodurch ein Erfolg für die von Erhard vertretene weltoffene, liberale Handelspolitik der Gemeinschaft in greifbare Nähe rückte¹⁴³. Vor allem aber glaubte der Kanzler, nunmehr endgültig »Anspruch auf ein Entgegenkommen« de Gaulles in der Frage der Politischen Union zu haben¹⁴⁴.

137 Frankfurter Neue Presse, 9. 11. 1964.

138 Neue Zürcher Zeitung, 8. 11. 1964; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 1. 10. 1964, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1. 10. 1964.

139 Konrad Adenauer, Interview mit Bild am Sonntag, 1. 11. 1964. Der zitierte Satz wurde auf Anordnung des CDU-Pressesprechers Ratke jedoch gestrichen; s. Der Spiegel, Nr. 46 (1964) S. 31–33.

140 L-E-A, NE 1545, Ludwig Erhard im Gespräch mit Walter Kröpelin, Deutsches Fernsehen, Bürgerfragen Prominente, 4. 11. 1964, 21.45 Uhr.

141 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 98) S. 11512E–11514, 11516F–11517, 11546C–11547.

142 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 98) S. 11562B; L-E-A, NE 1554, Informationsgespräche zwischen Ludwig Erhard und Chefredakteuren der CDU-Presses, 5. 11. 1964, 17.30 Uhr, Unkorrigiertes Manuskript, S. 7, ebd., NE 335, Informationsgespräche zwischen Ludwig Erhard und Auslandskorrespondenten des ZDF, 11. 11. 1964, 15.30 Uhr, Unkorrigiertes Manuskript, S. 5, Ludwig Erhard, Erklärung zur europäischen Agrarpolitik in der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages, 2. 12. 1964, in: Bulletin, Jg. 1964, Nr. 178, S. 1641f., unter dem Titel »Europäische Weichenstellung« wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 902–907; vgl. Fritz NEEF, Entscheidung für Europa, in: SCHRÖDER (Hg.) (wie Anm. 68) S. 337–342, hier S. 341.

143 S. WILLIS (wie Anm. 46) S. 340.

144 VON DER GROEBEN (wie Anm. 50) S. 242, s. a. Westfälische Rundschau, 19. 1. 1965.

Tatsächlich keimte auch nach der Lösung des Agrarproblems und dem gleichzeitigen Scheitern des MLF-Projekts¹⁴⁵ zunächst Hoffnung für den nächsten deutsch-französischen Gipfel im Januar 1965 auf, die vor allem dadurch genährt wurde, daß de Gaulle nicht in den Elysée, sondern in die Abgeschiedenheit des königlichen Jagdschlusses von Rambouillet einlud und ein Treffen in diesem »Separée politischer Zweisamkeit abseits von Paris« als Indiz für den Willen des Präsidenten um atmosphärische Verbesserungen gedeutet werden konnte¹⁴⁶. Das Treffen brachte denn auch den erhofften Erfolg, denn de Gaulle gab seine Bereitschaft zu erkennen, die Diskussion über den vorliegenden deutschen Europa-Entwurf ohne Vorbedingungen aufzunehmen und dazu eine von Erhard geplante Außenministerkonferenz zu unterstützen¹⁴⁷.

IV. Vom »leeren Stuhl« zum »Luxemburger Dissens«: Die Europakrise des Jahres 1965

Die halcyonischen Tage von Rambouillet waren indes nur von kurzer Dauer. Die beiderseits geäußerte Zufriedenheit über die Ergebnisse der Entrevue erwies sich als nichtig.

Mit seiner Pressekonferenz vom 4.2. 1965 leitete de Gaulle einen abermaligen Wetterumschlag ein, indem er unerwarteterweise die These aufstellte, die Deutsche Frage sei »par excellence, le problème européen«, folglich müsse dessen Lösung primär eine Aufgabe der Europäer selbst sein¹⁴⁸. Offiziell reagierte Bonn auf diesen Versuch, die deutsche Frage in das Konzept eines europäischen Europa einzuordnen, zwar mit Wohlwollen und großer Genugtuung¹⁴⁹. Inoffiziell stellte Erhard jedoch klar: »Eine »Europäisierung«, die praktisch zur Folge haben könnte, daß die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit Garanten minderen Rechts und Ranges wären, lehnt die Bundesregierung als indiskutabel ab¹⁵⁰.«

Damit stand fest, daß es nach wie vor keine prinzipielle Gemeinsamkeit zwischen der deutschen und der französischen Europa-Konzeption gab. Das vorsichtige Agieren Erhards war umsonst. Ungeachtet seiner Enttäuschung über die Europapolitik des französischen Präsidenten¹⁵¹, bemühte sich der Bundeskanzler weiterhin um dessen Unterstützung für seine Konzeption. Nachdem die italienische Regierung am 16.3. 1965 zu der von ihm befürworteten Außenministerkonferenz nach Venedig eingeladen und die EWG-Kommission am 31.3. 1965 ein Papier vorgelegt hatte, in dem sie die Agrar-Finanzregelung mit Maßnahmen koppelte, die die wirtschaftliche

145 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 309f.

146 Der Spiegel, Nr. 5 (1965) S. 15; s. a. WILLIS (wie Anm. 46) S. 334.

147 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 314, Bulletin, Jg. 1965, Nr. 12, S. 89, Der Spiegel, Nr. 18 (1965) S. 31f., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 1. 1965.

148 Charles DE GAULLE, Pressekonferenz vom 4. 2. 1965, in: DERS., L'Effort (wie Anm. 60) S. 325–342, hier S. 338, im Deutschen auszugsweise in: SIEGLER (Hg.), Archiv der Gegenwart, 35. Jg. (1965) S. 11675–11678, hier S. 11677; vgl. ZIEBURA (wie Anm. 73) S. 125f.

149 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 321.

150 Interview Erhards mit der Berliner Morgenpost, 1. 5. 1965.

151 S. General-Anzeiger, 5. 5. 1965.

Einheit und gleichzeitig ihre eigenen Machtbefugnisse stärken sollten¹⁵², schlug Erhard de Gaulle während dessen Aufenthalt in Bonn im Juni 1965 einen Stufenplan »zur Bildung und weiteren Formierung der Ausweitung der bestehenden europäischen Institutionen zu einem größeren Europa« vor¹⁵³. Diese Konkretisierung der Erhardschen Europa-Pläne ließ bei de Gaulle jedoch die Befürchtung wachsen, mit einer Zusage zur Außenministerkonferenz einen point of no return zu überschreiten. Unter dem Vorwand der weiterhin offenen Fragen des Agrarmarktes vereitelte er daraufhin nicht nur die geplante europäische Konferenz¹⁵⁴, sondern brachte wenig später die Europäische Gemeinschaft an den Rand des Ruins. Ausgangspunkt des Konflikts war der Beschluß des EWG-Ministerrates vom 14. 1. 1962, in dem die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik durch die Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten an den europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds bis zum 30. 6. 1965 festgesetzt worden war. In Anbetracht dieses Datums unterbreitete die EWG-Kommission – wie erwähnt – am 19. 3. 1965 Vorschläge zur Weiterfinanzierung durch Gewährung eigener Mittel für die Sechser-Gemeinschaft; ein Plan, der nicht nur deren finanzielle Autonomie mit einem Schlag gesichert, sondern auch einen bedeutsamen Schritt zur politischen Integration vollzogen hätte, da in der EWG fortan politische Beschlüsse auch gegen den Willen eines Landes hätten durchgesetzt werden können und ihrem eigentlichen Repräsentationsorgan weitere Befugnisse zugefallen wären.

Auf zwei Ministerratssitzungen wurden die Pläne ergebnislos erörtert¹⁵⁵. Obwohl Frankreich – wie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Lahr, nach einem Vier-Augen-Gespräch mit seinem französischen Kollegen Wormser behauptete¹⁵⁶ – seinen Verzicht auf Regulierung der Finanzfrage bis zum 30. 6. 1965 erklärt hatte, brach Couve de Murville an jenem Tag die entscheidende Ministerratssitzung in seiner Funktion als Ratspräsident mit der Begründung ab, die Partner seien ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, die Gemeinschaft sei daher beschlußunfähig und habe folglich aufgehört, eine Kommunität zu sein¹⁵⁷.

Mit dem Ukas an den zuständigen französischen Vertreter in Brüssel, Botschafter Jean-Marc Boegner, seinen Schreibtisch zu räumen, begann dann am 5. 7. 1965 die mehrmonatige französische »Politik des leeren Stuhls«. Diese Weigerung zur Mitarbeit an Ministerratstagungen, Kommissionsverhandlungen oder Ausschusssitzungen stürzte die EWG in eine ihrer schwersten Krisen¹⁵⁸.

Wie erklärt sich nun dieses formalrechtlich gesehen legitime, angesichts der anstehenden französischen Präsidentschaftswahlen indes höchst risikoreiche, zutiefst

152 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 11753D, NEWHOUSE (wie Anm. 131) S. 253; Text des Kommissions-Papiers in LIPGENS (Hg.) (wie Anm. 133) Nr. 103.

153 Zitiert nach Die Welt, 15. 5. 1965; s. a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 5. 1965.

154 S. die Erklärung des französischen Außenministers Couve de Murville in: SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 11778A u. François SEYDOUX, Botschafter in Deutschland, Meine zweite Mission, 1965 bis 1970, Aus dem Französischen von Oskar Pollack, Frankfurt/M. 1978, S. 54.

155 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 11933G.

156 S. Die Welt, 25. 6. 1965.

157 S. Maurice COUVE DE MURVILLE, Außenpolitik 1958–1969, Aus dem Französischen von Hermann Kusterer, München 1973, S. 276, Rolf LAHR, Zeuge von Fall und Aufstieg, Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981, S. 425–432, SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 11933G–11934.

158 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 11951B, Der Spiegel, Nr. 29 (1965) S. 15–17.

a-soziale Verhalten der französischen Regierung¹⁵⁹? Ging es dem General überhaupt noch um die ungelöste Agrarfrage, oder war die Krise im Kern nicht vielmehr Ausdruck des Zusammenpralls zweier inkompatibler Auffassungen von der Gestaltung Europas – hier ein supranational integriertes Europa, dort das »Europe de patries« seines pater patriae Charles de Gaulle?

Hatte der Präsident schon am Vorabend seines nächsten Besuchs in Bonn vom 11./12. 6. 1965 mit dem Verdikt, es sei nicht schwer, Reden über ein supranationales Europa zu führen, denn: »Il est facile d'être un Jean-foutre«¹⁶⁰, ein Signal für seine wahren Motive gegeben, so ließ er auf einer Pressekonferenz am 9. 9. 1965 den Schleier völlig fallen. Frankreich, so verkündete er voller Überzeugung, denke nicht daran, ein allmähliches Eindringen der Gemeinschaft in die politischen Bereiche zu akzeptieren. Dem »wirklichkeitsfremden Projekt« einer europäischen Föderation, in der ein »aréopage technocratique, apatride et irresponsable« regieren würde, stellte er den Plan einer organischen Zusammenarbeit der Staaten in einer Konföderation gegenüber. Die Mitarbeit in Brüssel werde Frankreich erst dann wieder aufnehmen, wenn die Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt akzeptiert, der Anspruch auf Supranationalität aufgegeben und die Möglichkeit gegeben sei, das nach Art. 148 des EWG-Vertrages ab dem 1. 1. 1966 vorgesehene Mehrheitsprinzip im Ministerrat durch ein Veto auszuschalten¹⁶¹.

Damit hatte de Gaulle sein wahres Gesicht gezeigt: Nicht das ambitiöse Verhalten der Kommission war für den Eklat vom 30. 6. 1965 verantwortlich, sondern die Einsicht, daß die anderen EWG-Mitglieder nicht zur Übernahme der »Politik eines europäischen Europa« bereit waren. Der Präsident hatte begriffen, »daß die französischen Interessen keinen anderen Verteidiger haben als die französische Regierung«¹⁶². Daher galt es jetzt, das Land von jeglichen Bindungen und Fesseln materieller und institutioneller Art zu befreien, soweit sie nicht im nationalen Interesse lagen. Die »Politik des leeren Stuhls« war also letztlich Folge eines übersteigerten Nationalgefühls, das jede Einschränkung der souveränen Aktionsfähigkeit ablehnte.

Welche Reaktionsmöglichkeiten besaßen angesichts dieser fundamentalen Interessengegensätze die »hinterbliebenen« EWG-Staaten? Potentielle Handlungsspielräume abtastend, unternahm die Kommission mit deutscher Unterstützung am 22. 7. 1965 einen ersten Schritt in Richtung auf ein Ende der Absentierung Frankreichs, als sie ein Memorandum zur Agrarfrage vorstellte, das sich weitgehend dem Standpunkt des »Rebellen« annäherte¹⁶³. Auf den Tagungen vom 26./27. 7. bzw. 25./26. 10. 1965 erklärte sich der Fünfer-Rat mit den Grundprinzipien dieser Denkschrift einverstan-

159 S. das Interview des holländischen Außenministers Joseph Luns in: *Der Spiegel*, Nr. 32 (1965) S. 25–28, BONDY, ABELEIN (wie Anm. 47) S. 232, Miriam CAMPS, *European Unification in the Sixties, From the Veto to the Crisis*, New York u.a. 1966 (*The Atlantic Policy Studies*, [Bd. 5]) S. 95 f.

160 Zitiert nach WILLIS (wie Anm. 46) S. 336.

161 Charles DE GAULLE, Pressekonferenz vom 9. 9. 1965, in: DERS., *L'Effort* (wie Anm. 60) S. 372–392, hier S. 379, im Deutschen auszugsweise in: SIEGLER (Hg.), *Archiv* (wie Anm. 148) S. 12046C–12049; s. a. COUVE DE MURVILLE (wie Anm. 154) S. 277.

162 COUVE DE MURVILLE, Rede von der Nationalversammlung, 20. 10. 1965, im Auszug in: SIEGLER (Hg.), *Archiv* (wie Anm. 148) S. 12125 f., hier S. 12125.

163 S. SIEGLER (Hg.), *Archiv* (wie Anm. 148) S. 11987–11989, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 7. 1965.

den und beauftragte den amtierenden Ratspräsidenten Emilio Colombo, dies der französischen Regierung mitzuteilen und sie zugleich dringend zur Rückkehr nach Brüssel aufzufordern¹⁶⁴. Ferner nahm der Rat eine Anregung des belgischen Außenministers Spaak vom 24. 9. 1965 auf, in der eine außerordentliche Ministerratstagung im Kreis der Sechs ohne Beteiligung der Kommission in der belgischen Hauptstadt empfohlen worden war. In Übereinstimmung mit der Bundesregierung hielten es die Ratsmitglieder allerdings für unabdingbar, daß alle zur Erörterung anstehenden Probleme getreu den vorhandenen Verträgen und »im Rahmen der bestehenden Institutionen« gelöst werden sollten¹⁶⁵. In diesem Sinne wiederholte der Ministerrat am 30. 11. und 20. 12. 1965 die Einladung zu einer Konferenz unter Ausschluß der Kommissare. Nachdem de Gaulle in der Zwischenzeit seine Wiederwahl im 2. Wahlgang sicherstellen konnte und dabei nicht zuletzt wegen seiner intransigenten Europapolitik bloß einen »Sieg zweiter Klasse« erzielt hatte¹⁶⁶, erklärte er sich zur Teilnahme an der Sitzung bereit. Um den Regierungscharakter des Treffens zu gewährleisten, verlangte er aber dessen Verlegung von Brüssel nach Luxemburg¹⁶⁷.

In Übereinstimmung mit dieser französischen Vorbedingung fand die Zusammenkunft des Sechsergremiums am 14./15. 1. 1966 im Festsaal des Stadthauses von Luxemburg statt. Zur Verblüffung der übrigen Anwesenden nutzte der französische Außenminister das Treffen dazu, eine in zehn Punkten gefaßte Diskussionsgrundlage zu präsentieren, die auf eine Entmachtung der Kommission hinauslief¹⁶⁸. Entgegen den vielerorts gehegten Erwartungen, de Gaulle werde nach seinem knappen Wahlsieg zum Einlenken bereit sein, hatte der General somit kundgetan, daß er weiterhin nicht davor zurückschreckte, die Gemeinschaft einerseits zu »demonstrieren und jeglicher supranationaler Elemente [zu] entkleiden«, andererseits zu einer Zollunion souveräner Einzelstaaten zu denaturieren, deren vornehmste Aufgabe in der Abnahme französischer Agrarüberschüsse zu liegen hatte¹⁶⁹.

Nachdem erwartungsgemäß kein Konsens zwischen den Parteien erzielt worden war, legte Couve de Murville überraschend einen neuen Plan zur Überwindung der Krise vor: Die Außenminister sollten nach einer Bedenkzeit von zehn Tagen Ende Januar erneut zusammentreffen, um sich dann über ein Minimalprogramm zu einigen¹⁷⁰. So kam es am 28./29. 1. 1966 zur Wiederaufnahme der Beratungen, die schließlich mit einem für beide Seiten gleichermaßen unbefriedigenden Kompromiß endeten, der sich *paris pro toto* darin niederschlug, daß sich zwar niemand vor den Forderungen de Gaulles »gebeugt« hatte, daß aber auch der General »nicht zum Geist des Vertrags von Rom in seiner politisch extensiven Auslegung bekehrt

164 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 11987, Der Spiegel, Nr. 45 (1965) S. 137.

165 MÜLLER-ROSCACH (wie Anm. 10) S. 173; zur Spaak-Initiative s. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 12076B; vgl. die Erklärung der Bundesregierung vom 10. 9. 1965, in: *ibid.* S. 12049 u. Ludwig ERHARD, Sparsamkeit und Nüchternheit, Regierungserklärung vor dem deutschen Bundestag, 10. 11. 1965, Sonderdruck aus dem Bulletin, Jg. 1965, Nr. 179, Kapitel 28, wieder abgedruckt in: DERS., Gedanken (wie Anm. 4) S. 940–974.

166 Der Spiegel, Nr. 53 (1965) S. 38; vgl. WILLIS (wie Anm. 46) S. 346f.

167 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 148) S. 12248C, u. COUVE DE MURVILLE (wie Anm. 154) S. 278.

168 S. SIEGLER (Hg.), Archiv der Gegenwart, 36. Jg. (1966) S. 12284B, u. BAUER (wie Anm. 80) S. 380.

169 Der Spiegel, Nr. 5 (1966) S. 15.

170 S. BAUER (wie Anm. 80) S. 381–383, Der Spiegel, Nr. 5 (1966) S. 17 u. Nr. 6 (1966) S. 16.

worden« war¹⁷¹. Die auf ein *agree to disagree* hinauslaufende Übereinkunft sah vor, daß es in der Frage des Mehrheitsvotums weder eine Änderung der Vertragsbestimmungen noch eine Vereinbarung, das Veto eines Mitgliedsstaates anzuerkennen, geben sollte. Hinsichtlich der Stellung der Kommission wurde dem französischen Begehren entsprochen und der Kompetenzradius auf den status quo ante zurückgesetzt¹⁷².

Wenn de Gaulle damit seine Hauptforderungen auch nicht ganz hatte durchsetzen können, so bildete der »Luxemburger Dissens« doch eine tiefe Zäsur in der Entwicklung der die Krise gleichsam anabiotisch überlebenden Europäischen Gemeinschaft. Denn es stellte sich heraus, daß sich die Kommission nun domestiziert fühlte und das Einstimmigkeitsprinzip in praxi aus Angst vor einer Wiederholung der »Politik des leeren Stuhls« sehr wohl zur Regel wurde. Auf die Anwendung der Mehrheitsentscheidung wurde mithin de facto verzichtet, sobald vitale Interessen eines Landes berührt waren¹⁷³.

Trotz der tiefgreifenden Ernüchterung über die Möglichkeiten gemeinsamer europäischer Politik gelang es in den am 7./8.2. 1966 von Bundeskanzler Erhard und Staatspräsident de Gaulle im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages im Elysée geführten Arbeitsgesprächen, das Thema der politischen Kooperation erneut aufs Tapet zu bringen. Getragen von dem beiderseitigen Vorsatz der Schonung und Freundlichkeit, demonstrierte man – freilich unter Ausschluß strittiger Punkte – die Bereitschaft zu konstruktiven Verhandlungen und brachte in einer gemeinsam vereinbarten Richtlinie die Überzeugung zum Ausdruck, »daß die europäische politische Zusammenarbeit der Sechs eine Wiederbelebung erfahren soll«¹⁷⁴.

Am 21.2. 1966 verblüffte de Gaulle auf einer Pressekonferenz gar mit der Versicherung, Frankreich halte den Augenblick mehr denn je für gekommen, regelmäßige Beratungen der Sechs über politische und wirtschaftliche Themen von gemeinsamem Interesse aufzunehmen¹⁷⁵. Erhard konterte daraufhin am 25.2. 1966 auf einer Pressekonferenz mit dem Bekenntnis, vielleicht habe man bisher die politische Zusammenarbeit »zu sehr in bestimmten Formen gedacht, während heute mehr an die praktischen Schritte gedacht ist, daß man das, was griffig ist, dann auch in die Hand nehmen und vorwärtsbringen soll und sich nicht ein großes Gesamtprogramm vornimmt, das wieder scheitern muß«. Daher empfahl er nunmehr die Revitalisierung der EWG und begrüßte die Wiederaufnahme von Außenministerkonferenzen mit dem Ziel, »daß sich zu gegebener Zeit dann auch die Regierungschefs in allseitigem Einvernehmen zu einer Zusammenkunft treffen würden«¹⁷⁶.

171 ERNST KOBBERT, Eine stille »Revision« der EWG, Hat der Luxemburger Kompromiß die Gemeinschaft verwandelt?, in: EA 21,1 (1966) S. 119f. Zum Verhandlungsverlauf s. Der Spiegel, Nr. 7 (1966) S. 21f.

172 S. den Text der Luxemburger Erklärung, in: EA 21,1 (1966) S. D 85f., u. Rainer HELLMANN, Schlußakt einer Krise? Die europäischen Institutionen nach Luxemburg, in: ibid. S. 259–268.

173 S. ZIEBURA (wie Anm. 73) S. 129, COUVE DE MURVILLE (wie Anm. 154) S. 280.

174 Gemeinsam vereinbarte Richtlinie der deutsch-französischen Arbeitsgespräche in Paris, 7./8.2. 1966, in: SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 168) S. 12326B, s. a. Der Spiegel, Nr. 8 (1966) S. 17f., u. Neue Zürcher Zeitung, 8.2. 1966.

175 SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 168) S. 12347.

176 Ludwig ERHARD, Einleitende Erklärung und Pressekonferenz, 25.2. 1966, in: Bulletin, Jg. 1966, Nr. 28, S. 213–216, hier S. 215.

Diese recht zaghaften Bemühungen um einen europapolitischen Neubeginn standen in den nächsten Monaten allerdings eindeutig im Schatten der Anstrengungen, die immer noch offenen Agrarverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Zur Einigung gelangte der Ministerrat schließlich nach mehreren Marathonsitzungen am 26. 7. 1966, als er auf der Basis des Kommissionsvorschlages vom 22. 7. 1966 eine Verordnung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik genehmigte, die sowohl die Vollendung des Gemeinsamen Marktes sowie die Herstellung der Zollunion zum 1. 7. 1968 vorsah als auch Richtlinien für den Agrarteil der Verhandlungen der Kommission in der Kennedy-Runde umfaßte¹⁷⁷.

Nur wenige Tage vor der endgültigen Beilegung des dreijährigen Zwistes über den EWG-Agrarmarkt fand in Bonn am 21. 7. 1966 die letzte Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Erhard und Präsident de Gaulle statt. Sie bildete den Abschluß einer zweiten Phase deutsch-französischer Beziehungen nach 1958, in der letztlich sämtliche Illusionen über die sich im Hinblick auf eine gemeinsame Europapolitik bietenden Chance der bilateralen Kooperation verflogen waren. Die Differenzen zwischen den außenpolitischen Konzeptionen erwiesen sich als unüberbrückbar. Beide Seiten gaben daher die Hoffnung auf, eine Übereinstimmung in den strittigen Fragen zu erzielen, und konsultierten erstmals nicht über genuin europapolitische Probleme, sondern über die Ergebnisse der Moskareise de Gaulles sowie den Rechtsstatus der französischen Truppen in Deutschland nach dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO¹⁷⁸. Am Ende blieb also ein *modus vivendi*, der keinen Platz für europapolitische Visionen und langfristig konzipierte Initiativen mehr bot, statt dessen von der Tagespolitik beherrscht wurde. Die Europapolitik Ludwig Erhards war damit ihres Nukleus beraubt, auch wenn der Kanzler in einer Außenpolitischen Erklärung den Deutschen Bundestag am 25. 5. 1966 noch davon zu überzeugen suchte: »Das europäische Haus ist nicht nur in den Grundrissen sichtbar. Es besteht Aussicht, den Bau zu vollenden, wenn wir entschlossen ans Werk gehen.« Doch dazu bedurfte es – wie Erhard sogleich konstatierte – »eines eindeutigen *politischen* Willens aller Beteiligten«¹⁷⁹. Da dieser jedoch fehlte, konnten weder die deutsche Europainitiative vom November 1964 noch die Anregungen Erhards vom Februar 1966 ernsthaft weiterverfolgt werden.

V. Die letzten Monate im Palais Schaumburg:

Kontinuität und Wandel in der Europapolitik Ludwig Erhards

Die Skandinavienreise des deutschen Kanzlers vom 28. 8.–4. 9. 1966 demonstrierte dann in eindeutiger Weise, wie sich Erhard auf die offensichtliche Kluft zwischen den wirtschaftlichen und politischen Ergebnissen seiner Europapolitik einzustellen gedachte. Sowohl in Norwegen als auch in Schweden wies er unermüdlich darauf

177 S. SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 168) S. 12497B–12499, Der Spiegel, Nr. 21 (1966) S. 34f. u. Nr. 32 (1966) S. 17f. u. MÜLLER-ROSCHACH (wie Anm. 10) S. 179.

178 S. Ludwig ERHARD, Ansprache über das Deutsche Fernsehen an die Bevölkerung, 21. 7. 1966, in: Bulletin, Jg. 1966, Nr. 97, S. 769f., Der Spiegel, Nr. 29 (1966) S. 17f., Nr. 31 (1966) S. 28, u. BONDY, ABELEIN (wie Anm. 47) S. 234.

179 Ludwig ERHARD, Außenpolitische Erklärung vor dem Deutschen Bundestag, 25. 5. 1966, in: Bulletin, Jg. 1966, Nr. 70, S. 549f., hier S. 550.

hin, daß die gegenwärtige Situation des Nebeneinander zweier Wirtschaftssysteme durch engere Kontakte zwischen EWG und EFTA aufgehoben werden müßte. Die EWG könne nur »der erste Schritt zu einem Europa sein, das alle diejenigen Länder und Völker umfassen soll, die ... eben dazugehören«¹⁸⁰. Dabei sei zu vermeiden, daß die Blöcke einen zu starken politischen Akzent erhielten, da die Verbindung zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, insbesondere aber der Beitritt von Neutralen zu einer gesamteuropäischen Integration »um so leichter sein [wird], je weniger das politische Moment, sondern nur die wirtschaftliche Funktion in den Vordergrund gerückt wird«¹⁸¹. »Ich glaube nicht«, so fügte er in Oslo hinzu, »daß wir bemüht sein sollten, die politische Integration der EWG zu fördern«¹⁸². Hatte Erhard damit dem Dogma einer politischen Integration abgeschworen?

Um diesem rasch kolportierten fatalen Eindruck entgegenzutreten, wurde der Sprecher der Bundesregierung von Hase beauftragt, auf einer Pressekonferenz am 5. 9. 1966 klarzustellen, der Kanzler sei nach wie vor an der politischen Zusammenarbeit interessiert, doch dürften für den Zusammenschluß eines wirtschaftlich größeren Europa keine zu hohen politischen Auflagen gemacht werden. Die Stagnation in der politischen Zusammenarbeit dürfe nicht dazu führen, »daß man die wirtschaftlichen Differenzierungen zwischen den 6 und den 7 sich weiter vertiefen läßt«. Die EWG sei »kein Selbstzweck«, sondern als »Kristallisationskern, als erste Phase eines umfassenderen Vereinigungsprozesses gedacht«¹⁸³. Und einen Tag später ließ das CDU-Präsidium in einem Kommuniqué verlautbaren, die CDU halte in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler »unverändert am Ziel einer politischen Union fest«¹⁸⁴.

Die Richtigstellungen modifizierend, gab Erhard dann am 6. 9. 1966 selbst unumwunden zu, man habe »ganz deutlich zwischen den Möglichkeiten und Formen einer stärkeren wirtschaftlichen Integration und einer politischen Lösung in Europa zu unterscheiden«. Das notwendige Näherrücken von EWG und EFTA könne nur erreicht werden, wenn man die Wirtschaftsblöcke als *ökonomische* Einrichtungen betrachte. Erst unter dieser Prämisse sei auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Neutralen in der EFTA möglich¹⁸⁵.

Ließ sich nicht hier die Resignation eines Mannes heraushören, der zwar formaler weiterhin ein größeres »Europa der Freien und Gleichen« propagierte und das Europa der Sechs ebenso wie das der Sieben als »*contradictio in adjecto*«¹⁸⁶ empfand, der sich allerdings nach dem heftigen Vorwurf de Gaulles vom 28. 10. 1966, die »*liens préférentiels*« zwischen Bonn und Washington »ont privé d'inspiration et de sub-

180 Ludwig ERHARD, Tischrede in Oslo, 29. 8. 1966, im Auszug in: SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 168) S. 12690; vgl. das Abschlußkommuniqué des Norwegenaufenthaltes, 1. 9. 1966, in: Bulletin, Jg. 1966, Nr. 116, S. 917.

181 Ludwig ERHARD, Pressekonferenz in Stockholm, 3. 9. 1966, im Auszug in: SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 168) S. 12691.

182 Zitiert nach Stuttgarter Nachrichten, 6. 9. 1966.

183 Karl-Günther von HASE, Pressekonferenz, 5. 9. 1966, in: Bulletin, Jg. 1966, Nr. 117, S. 925; s. a. L-E-A, NE 385, Ludwig Erhard, Rede vor der Europabewegung in Oslo, 30. 8. 1966, 18.00 Uhr.

184 Zitiert nach Die Welt, 7. 9. 1966.

185 L-E-A, NE 335, Ludwig Erhard, Informationsgespräch mit Chefredakteuren, 6. 9. 1966, Unkorrigiertes stenographisches Protokoll, S. 2, 3-5.

186 L-E-A, NE 385, Ludwig Erhard, Rede vor der Europabewegung in Oslo, 30. 8. 1966, 18.00 Uhr, S. 6.

stance cet accord franco-allemand«¹⁸⁷, nun eingestand, daß er mit seinen Bemühungen um ein Vereinigtes Europa als Keimzelle einer großen Atlantischen Gemeinschaft nur Undank geerntet hatte¹⁸⁸?

VI. Fazit

Die Feierlichkeiten zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Elyséevertrages im Januar 1988 haben eindrucksvoll verdeutlicht, daß die deutsch-französischen Beziehungen heute ungeachtet der vorhandenen Interessenunterschiede zweifellos als freundschaftlich bezeichnet werden können. Während der Kanzlerschaft Ludwig Erhards dagegen sanken »die politischen Gemeinsamkeiten auf ein Minimum«¹⁸⁹. Die einzige Wirkung des Vertragswerkes bestand offenbar darin, daß der Kontakt zwischen den Verantwortlichen beider Staaten nicht vollends abbrach.

Diese Abkühlung des bilateralen Verhältnisses und die aus ihr resultierende Stagnation in der Europapolitik besaßen mutatis mutandis zwei Ursachen: Während Frankreich durch den Zerfall der Bipolarität und die Befreiung von der Last der Kolonialfrage beträchtlichen Spielraum gewann, büßte die Bundesrepublik vor dem Hintergrund einer veränderten Machtstruktur und Blockbildung auf internationaler Ebene im Wechsel von der Phase des Kalten Krieges zur Koexistenz erheblich an Einfluß ein. Das Optionsproblem in Verbindung mit dem Widerspruch zwischen dem Grundgesetzpostulat der Wiedervereinigung und der nationalen Renaissance, verschärft noch durch die Stagnation der europäischen Bewegung führte in ihr gar zu einer gewissen »Orientierungslosigkeit«¹⁹⁰.

Neben diesem globalpolitischen Aspekt zeichneten zum anderen namentlich das Element der unterschiedlichen Persönlichkeitsstrukturen und die divergenten Europa-Konzeptionen Charles de Gaulles und Ludwig Erhards für die Mißhelligkeiten verantwortlich. Während der hünenhafte, selbst »grandeur« personifizierende General mit seiner eher politische Philosophie denn Rezepte für praktische Politik beinhaltenden Programmatik der »l'Europe de patries« seit 1958 konsequent darauf hinwirkte, das russisch-amerikanische Duopol durch ein neues Gleichgewicht zu ersetzen, in dem ein wirtschaftlich und militärisch wiedererstarktes, die Nationalstaatlichkeit bewahrendes Europa unter der Ägide Frankreichs gleichberechtigt neben den antagonistischen Weltmächten stehen sollte, strebte der homo oeconomicus Ludwig Erhard ein gleichermaßen visionäres, auf dem Gravitationszentrum der

187 Charles DE GAULLE, Pressekonferenz vom 28.10. 1966, in: DERS., Discours et messages, Vers le terme, Janvier 1966–Avril 1969, Paris 1970, S. 96–117, hier S. 101; im Deutschen auszugsweise in SIEGLER (Hg.), Archiv (wie Anm. 168) S. 12785.

188 S. Neue Zürcher Zeitung, 7. 9. 1966.

189 MIROW (wie Anm. 24) S. 362.

190 HILDEBRAND (wie Anm. 7) S. 24; vgl. Jean-Baptiste DUROSELLE, De Gaulle's Design for Europe and the West, in: Arnold WOLFERS (Hg.), Changing East-West Relations and the Unity of the West, Papers presented to the European-American Colloquium, May 1st and 2nd, 1964, At the Washington Center of Foreign Policy Research, School of Advanced International Studies, The John Hopkins University, Baltimore 1964, S. 171–201, Wolfram F. HANRIEDER, Die westdeutsche Außenpolitik von 1949–1979, Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: DERS., Hans RÜHLE (Hg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979), Stuttgart 1981 (Studien zur Politik, Hg. Hans RÜHLE, Hans-Joachim VEEN, 6) S. 31–63, DERS., Germany (wie Anm. 60) S. 182–186.

deutsch-französischen Kooperation beruhendes, über die wirtschaftlich wie politisch geeinte Sechsergemeinschaft hinausreichendes »Europa der Freien und Gleichen« an, das im Verein mit den USA in der Atlantischen Gemeinschaft auf einen völlig freien Welthandel hinwirken sollte.

Trotz partieller Berührungspunkte wie die gemeinsame Ablehnung supranationaler Strukturen¹⁹¹, mußte die mangelnde Affinität zwischen der eher machtpolitischen französischen und der mehr wirtschaftlich ausgerichteten deutschen Europakonzeption ernste Konflikte geradezu programmieren, wirkten sie doch wie zwei aneinandergesetzte Pyramiden, die sich trotz ihres gemeinsamen Fundamentes mit zunehmender Konkretisierung immer weiter voneinander entfernten.

In seinem ausgeprägten Selbst- und ostensiblen Missionsbewußtsein glaubte Erhard allerdings, diese Rahmenbedingungen sprengen und die Pflege der deutsch-amerikanischen Freundschaft mit der Intensivierung der Beziehungen zwischen Bonn und Paris verknüpfen zu können, um dann durch einen »möglichst großen Wurf vom Ganzen«, der durch die Zusammenfassung aller Kräfte der freien Welt höchste Effizienz im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Sein erzeugen sollte¹⁹², die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen der ideologischen Auseinandersetzung mit der totalitären Welt zu schaffen.

Mochte sich der Kanzler auch in seinem Sendungsbewußtsein als »prophète de l'avenir« gefühlt haben, so konnte er doch die Gesetze der Machtpolitik nicht ausschalten. Spätestens nach dem Brüsseler Eklat vom 30.6. 1965 mußte er sich eingestehen, daß es falsch war, seiner Studie aus dem Jahre 1955 zuwiderhandelnd in agrarpolitischen Konzessionen ein Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele zu wännen, obwohl er damals bereits formuliert hatte: »Solange ... jeder Nationalstaat im Bewußtsein seiner Souveränität das politische, ökonomische und soziale Sein seines Volkes selbstherrlich bestimmen zu können glaubt, solange kann es eine irgendwie geartete echte Integration überhaupt nicht geben und solange wird ein Staat weder wirtschaftliche Teilbereiche aus seiner Verantwortung freizugeben bereit sein, noch wird er über Fragen der Wirtschaftspolitik mit sich handeln lassen¹⁹³.«

Am Ende seiner Kanzlerschaft hatten sich die Vorleistungen als à fonds perdu erwiesen – Ludwig Erhards Europapolitik war gescheitert.

191 S. Die Zeit, 20.3. 1964.

192 ERHARD, Wirken (wie Anm. 6) S. 166.

193 L-E-A, NE I.1)3, Erhard, Private Studie (wie Anm. 14) S. 14.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Lorsqu'en octobre 1963 Ludwig Erhard fut élu second chancelier de la RFA, un changement d'orientation significatif s'amorça dans la politique européenne de Bonn. Etant donné qu'il conservait une distance extrêmement grande par rapport au pouvoir et qu'il concevait non pas la politique mais l'économie comme un »destin«, il désirait particulièrement que des réflexions d'ordre économique soient introduites dans la discussion sur l'intégration européenne. En ce sens, il considérait que la résolution à long terme des problèmes mondiaux était possible si l'on parvenait à mettre en place un commerce mondial libéré du protectionnisme et basé sur le partenariat de toutes les nations libres. Contrairement à l'»institutionnaliste« (ou partisan de l'institution) qu'était Adenauer, Erhard aspirait aussi à une coopération économique entre toutes les nations libres d'Europe et ceci en contact étroit avec les USA dans le sens d'une »intégration fonctionnelle« des économies. Lorsqu'en octobre 1963 il prit en charge les affaires gouvernementales, il dut évidemment se rappeler qu'il était impératif que la future politique européenne s'harmonise avec l'entretien des relations avec les USA et la France. Tenant compte de ces faits, le chancelier associa, au cours de sa première déclaration gouvernementale, les vœux de bonnes relations avec Washington et Paris à l'annonce de nouvelles initiatives dans le sens d'une organisation politique de l'Europe. Mais tous ces efforts se heurtèrent immédiatement à la politique de Charles de Gaulle.

Car l'»Europe européenne« du président de la République française qui devait être dirigée par la France car, selon lui, sa grandeur l'y prédestinait et dont la tâche devait être celle d'une »troisième force« rétablissant l'équilibre mondial, était diamétralement contraire aux objectifs de Ludwig Erhard. Le chancelier aborda les points de friction qui ne tardèrent pas à se présenter en tentant d'»acheter« le soutien de la France pour le projet d'intégration politique de l'Europe contre quelques »beaux gestes« unilatéraux à son égard dans le domaine de la politique agraire, vitale pour elle. Son espoir de pouvoir compter sur la bienveillance de de Gaulle, dans la question de l'Union politique s'avéra néanmoins erroné. Lorsque sa nouvelle initiative européenne proposée en novembre 1964 prit une forme plus concrète et que la commission de la Communauté économique européenne présenta en mars 1965 une proposition qui aurait fait accomplir un grand pas vers l'union politique, de Gaulle, le 30 juin 1965, interrompit sa collaboration dans les institutions de Bruxelles.

La crise put, certes, être dénoncée par la »dissension de Luxembourg« des 28 et 29 janvier 1966; mais, du même coup, des limites très précises furent imposées à la politique européenne de l'Allemagne. Erhard en tira les conséquences: il décida de reporter à l'avenir ses activités européennes sur l'intensification des contacts économiques entre la CEE et la AELE (Association européenne de libre-échange). Bien qu'au niveau formel, il continuât de propager l'idée d'une Europe plus étendue composée de nations libres et égales, il était obligé de reconnaître qu'avec tous ses efforts en vue d'une Europe unie représentant le germe d'une grande Communauté Atlantique, il n'avait récolté que de l'ingratitude. A côté des aspects purement politiques, c'étaient notamment la différence des personnalités et la divergence des conceptions européennes des chefs d'Etat de France et d'Allemagne qui étaient responsables de cet échec. Malgré certains points sur lesquels ils étaient partiellement en accord, comme leur rejet commun de la technocratie de Bruxelles, leur manque d'affinités rendait même prévisibles de sérieux conflits entre eux. Erhard dont le sentiment de sa propre valeur était assez prononcé, crut cependant être capable de faire éclater le cadre général. Mais, même si, dans sa conscience d'avoir une mission, le chancelier se soit perçu comme »un prophète de l'avenir«, il ne réussit pas à supprimer les lois de la politique de puissance.